

DIALOG UND DEMOKRATIE

Aufgabenstellung

- 1 Fassen Sie den vorliegenden Redeauszug zusammen. (Material 1) (20 BE)
- 2 Steinmeier bezeichnet Deutschland als „liberale Demokratie“ (Material 1). Analysieren Sie mit Bezug zur Pluralismustheorie, inwiefern die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland einer „liberalen Demokratie“ entspricht. (25 BE)
- 3 Untersuchen Sie, inwiefern in dem von Steinmeier angesprochenen sozioökonomischen Modell der Bundesrepublik Deutschland soziale Gerechtigkeit hergestellt werden soll. (25 BE)
- 4 Interpretieren Sie die Karikatur (Material 2) und überprüfen Sie daran anknüpfend Steinmeiers Aussage, die Demokratie bleibe unvollendet und brauche die Bereitschaft von Demokratinnen und Demokraten zum Konflikt ebenso wie zum Kompromiss. (30 BE)

M 1 Frank-Walter Steinmeier: Wir entscheiden, wie Deutschland heute spricht (2018)

Wie die Initiatoren und viele Teilnehmer heute hier¹, so treibt auch mich die Frage um, wie es um unsere Debattenkultur in Deutschland bestellt ist. [...] Es geht um die für unsere Demokratie grundlegende Frage, wie wir die Mauern, die zwischen unseren Lebenswelten entstanden sind, die Mauern, die dem gesellschaftlichen Zusammenhalt mittlerweile für alle spürbar im Wege stehen, überwinden können.

Es geht um die Frage, ob wir uns in unseren Echokammern verschanzen wollen, in Filterblasen nur noch mit Gleichgesinnten kommunizieren, ob wir uns von Algorithmen am liebsten die eigene Meinung bestätigen lassen – oder ob es uns gelingt, den Dialog zu führen über Trennendes hinweg. [...] Über Echokammern und Filterblasen reden wir nun schon recht lange; und offensichtlich wird es immer dringender, Gegenstrategien zu entwickeln. Denn die Fliehkräfte wirken lange nicht mehr nur in Internetforen, sondern auf offener Straße. Aus gesellschaftlichen Haarrissen sind tiefe Gräben geworden. Wir erleben Wut und Protest auf deutschen Straßen, hin- und herfliegende Empörungsfetzen, Hass und Gewaltausbrüche. Wir erleben Dauerempörung, eine sozialmoralische Rage, mit der Gruppen regelrecht gegeneinander in den Kulturkampf ziehen. Und wir erleben sogar, dass dabei die Existenzberechtigung des anderen in Abrede gestellt wird – bis hin zur neuerdings wieder selbstbewusst vorgetragenen

Verächtlichmachung unserer politischen Ordnung als „System“, eine Verächtlich-
machung, die in der Regel nichts anderes ist als ein Frontalangriff auf die liberale
20 Demokratie und ihre Institutionen. Krawallprofis machen in immer mehr deutschen
Städten Schlagzeilen. Chemnitz und Köthen² haben uns in den letzten Tagen besonders
beschäftigt. Aber es wäre unredlich, nur Ostdeutschland in den Blick zu nehmen. Und
einseitig wäre es ebenso, den Blick nur nach rechts zu richten: Die Rauchschwaden
über dem G20-Gipfel in Hamburg³ waren sicherlich auch kein Angebot zum respekt-
25 vollen, ergebnisoffenen Dialog. [...]

Und so ist, online und offline, die Wirklichkeit dieser Tage viel zu oft: Deutschland
spricht nicht, Deutschland brüllt. [...]

Natürlich, Kommunikation mit Andersdenkenden ist anstrengend. Aber ihre Ver-
weigerung ist das Ende der Kompromissfähigkeit. Die einen sagen: „Mit denen rede
30 ich doch nicht, da halte ich maximalen Abstand – das ist schließlich ein Zeichen“. Die
anderen fühlen sich bestärkt in ihrer Opferrolle, gern mit dem vermeintlich unschuldigen
Satz: „Das wird man doch mal sagen dürfen.“

So kommt es, dass sich gefährliche Zuschreibungen verfestigt haben – ein Viel-
faches „Wir“ gegen „die anderen“, die aus Angst oder Überheblichkeit jede Berührung
35 vermeiden. Hier die „besorgten Bürger“, dort „die da oben“. Hier die „Klartextredner“,
dort die „Gutmenschen“. Und leider auch, obwohl wir in den letzten Jahren dachten,
wir seien schon viel weiter: Hier „die Deutschen“ und dort „die Migranten“. Nein,
unser Land ist derzeit nicht in Vielfalt vereint. Eher scheint unser Land dieser Tage
vielfach geteilt. [...]

40 Ich glaube, dies ist der richtige Moment, um die Blickrichtung herumzudrehen. Für
das Überwinden der Mauern wünsche [ich] mir einen anderen Ausgangspunkt: Lassen
Sie uns gemeinsam beschreiben, was gut ist in unserem Land! [...]

Das ist erstens das schier unerschöpfliche Reservoir an Engagement für dieses
Land, für diese Demokratie. Ich verrate Ihnen gern: Mein schönstes Privileg als Bun-
45 despräsident sind die unzähligen Begegnungen und Gespräche in allen Teilen Deutsch-
lands, bei denen ich diese Engagierten treffe – in Vereinen und Initiativen und übrigens
auch in politischen Ämtern, von denen die allermeisten in diesem Land ehrenamtlich
geleistet werden. [...]

Zweitens: Es sind Freiheit und Menschenwürde jedes Einzelnen, die unser Grund-
50 gesetz schützt. Und es ist die aus der Freiheit erwachsende Vielfalt, die es auszuhalten
gilt, ganz gleich wie eine gefühlte oder tatsächliche Mehrheit sich auch entscheiden
oder empören mag.

Vielleicht lohnt in diesem Zusammenhang ja auch ein Blickwechsel auf die viel
gescholtene „Political Correctness“, die [...] zum Kampfbegriff geworden ist. Viel-
55 leicht geht es ihr ja nicht um Zensur des gerechten Volkszorns, sondern um das histo-
risch gewachsene Bewusstsein, dass jeder, so anders er auch sein oder denken mag,
zunächst einmal ein legitimer Gesprächspartner und ein Gegenüber ist, den es zu res-
pektieren gilt. Vielleicht ist solche Rücksichtnahme ja weniger Ausdruck von Feigheit,
sondern schlicht Ausdruck gewachsener Zivilität⁴.

60 Maßlosigkeit jedenfalls ist kein Ausweis für die Qualität einer Debatte. Wer andere
herabwürdigt, bedroht, ihre Zugehörigkeit und Gleichberechtigung abspricht, zerstört

die Gesprächsgrundlage, die er für sich selbst in Anspruch nimmt. Wo immer das geschieht und ganz gleich von wem, da müssen wir einschreiten!

65 Drittens: Es gilt, die Errungenschaften der Rechtsstaatlichkeit zu bewahren – die Unabhängigkeit der Gerichte, die Teilung der Gewalten, die Akzeptanz von Rechtsprechung, auch wenn sie einzelnen Bürgern und erst recht Regierungen nicht gefallen. Wenn auch Justiz politisiert wird, wenn gerichtliche Entscheidungen mit dem Verweis auf „gefühlte Gerechtigkeiten“ angegriffen werden, geraten wir auf eine sehr schiefe Ebene.

70 Und viertens denke ich an etwas, das vielleicht am wichtigsten, jedenfalls einzigartig ist für diese Bundesrepublik Deutschland: unser sozioökonomisches Modell. Eine Marktwirtschaft, die nicht per se sozial ist, der aber der politische Auftrag eingeschrieben ist, die Balance zwischen wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit unter sich verändernden Bedingungen immer wieder neu herzustellen. Das jedenfalls
75 ist unserem Land besser gelungen als vielen anderen. Doch die Aufgabe ist nie vollendet und sie verlangt weiterhin nach jener Fähigkeit zum Ausgleich über Gruppen und Interessen hinweg. Eine Bereitschaft und Fähigkeit, die in der lärmenden Unversöhnlichkeit verloren zu gehen droht. Ebenso wie mit diesem Sozialmodell ist es auch mit der Demokratie. Die Demokratie kennt keinen Endzustand. Sie bleibt unvollendet
80 und braucht gerade deshalb das Engagement von Demokratinnen und Demokraten, ihre Bereitschaft zum Konflikt ebenso wie zum Kompromiss. [...]

Und deshalb brauchen wir von dem, was Sie heute als Experiment versuchen, noch viel mehr im ganzen Land: den Dialog mit Andersdenkenden! Die Bereitschaft, sich auf ein Gegenüber einzulassen, das andere Prägungen, andere Prämissen hat und das
85 im allerschlimmsten Fall vielleicht sogar recht haben könnte. [...]

Wir entscheiden, ob es uns ums Rechtbehalten oder um Lösungen geht.

Wir entscheiden, ob Lautstärke oder Vernunft die Währung des Diskurses ist; ob das politische Gegenüber ein würdiger Wettbewerber ist oder erbitterter Feind.

90 Wir entscheiden, wie Deutschland heute spricht und wie Deutschland morgen sein wird.

Frank-Walter Steinmeier: Eröffnung der Dialogveranstaltung "Deutschland spricht", Berlin, 23. September 2018, <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2018/09/180923-Deutschland-spricht.html?nn=9042446>

Anmerkung

- 1 Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat am 23. 09. 2018 in Berlin als Schirmherr die Aktion „Deutschland spricht“ der Zeitung „Die Zeit“ eröffnet. Das Material 1 ist ein Auszug aus dem Redemanuskript.
- 2 Im Herbst 2018 kam es in Chemnitz und Köthen zu Demonstrationen und Auseinandersetzungen mit organisierten Rechten und Neonazis.
- 3 Am Rande des G20-Gipfels 2017 in Hamburg kam es zu zahlreichen Demonstrationen und auch zu Sachbeschädigungen sowie Angriffen auf Polizeibeamte durch linksradikale Akteure.
- 4 Anständigkeit, Höflichkeit im Umgang mit anderen

M 2 Gerhard Mester: Konsensgesellschaft (2017)



Gerhard Mester: Konsensgesellschaft, 04. 05. 2017,
URL: <http://www.bpb.de/izpb/248593/demokratie-in-der-krise-und-doch-die-beste-herrschaftsform?type=galerie&show=image&k=3> (abgerufen am 02. 05. 2019)

Lösungsvorschlag

Unterrichtsinhalte:

- Verfassung und Verfassungswirklichkeit: Rechtsstaatlichkeit und Verfassungskonflikte, insbesondere: Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit in der Verfassung (Art. 1, 20, 79 GG), und Öffentlichkeit im Wandel – Zivilgesellschaft und Medien im politischen Prozess, insbesondere: Pluralisierung, Internationalisierung und Fragmentierung politischer Öffentlichkeit
- Kontroversen um gerechte Sozialpolitik und Probleme der Staatsfinanzierung, insbesondere: Entwicklung sozialpolitischer Forderungen und sozialstaatlicher Leistungen

1

TIPP Anforderungsbereich: I

In der geforderten Zusammenfassung benennen Sie einleitend Autor, Titel, Textart sowie Thema/Anlass und Datierung des Textes. Anschließend fassen Sie die Argumentation mit eigenen Worten und strukturiert zusammen. Konjunktiv und analytische Wendungen („Der Autor benennt/ belegt/ endet mit ...“) zeigen die erforderliche Distanz zum Text. Bei der unkommentierten Wiedergabe seiner Kernaussagen können Sie wichtige Begriffe und Wendungen wörtlich zitieren, um sie herauszuheben.

Als Schirmherr der Aktion „Deutschland spricht“ behandelt Bundespräsident Steinmeier in einer Rede, die am 23.09.2018 gehalten wurde und deren Manuskript auf der Website des Bundespräsidenten erschienen ist, Fehlentwicklungen der politischen Gesprächskultur und Wege zu ihrer Überwindung.

Quelle

Im ersten Teil der Rede benennt Steinmeier Mängel in der **Debatte**, die den „gesellschaftlichen Zusammenhalt“ (Z. 4) beeinträchtigen (vgl. Z. 2 ff.). Der Rückzug in „Echokammern“ und „Filterblasen“ (Z. 9) stelle die gesellschaftlichen Gruppen gegeneinander, begünstige eine zunehmende Emotionalisierung, verhindere das Gespräch und zerstöre die „Kompromissfähigkeit“ (Z. 29). Aktivistinnen unterschiedlicher politischer Richtungen in Ost- und Westdeutschland griffen Menschen anderer Denkweisen oder Herkunft und sogar die „liberale Demokratie“ selbst an (vgl. Z. 19 ff.), was der Redner mit mehreren Beispielen belegt (vgl. Z. 20 ff.).

Fehlentwicklungen der politischen Kultur

Diesen destruktiven „Fliehkräfte[n]“ (Z. 11) möchte der Redner mit einer Änderung der Blickrichtung begegnen, die die **Stärken Deutschlands** anerkennt (vgl. Z. 40 ff.). Dazu rechnet Steinmeier das ehrenamtliche demokratische und gesellschaftliche Engagement, die vom Grundgesetz geschützte Freiheit und Menschenwürde sowie die sich daraus ergebende Vielfalt (vgl. Z. 44 ff.). Er betont

Stärken der Demokratie

außerdem den Rechtsstaat und dessen schützenswerte Errungenschaften (vgl. Z. 64 ff.) sowie die Chancen der deutschen Wirtschaftsordnung (Soziale Marktwirtschaft), die den Ausgleich zwischen „wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit“ (Z. 73) herstellen könne und daher erfolgreicher als in anderen Ländern sei (vgl. Z. 70 ff.).

Damit sei aber kein „Endzustand“ (Z. 79) erreicht. Vielmehr müssten sich Gesellschaft und Demokratie weiterentwickeln, wofür es auf politisches Engagement sowie die Konflikt- und Kompromissbereitschaft der Bürger ankomme. Die Kontrahenten sollten sich respektvoll und selbstkritisch begegnen (vgl. Z. 75 ff.).

Die Rede endet mit einem **Appell** zum ergebnisoffenen Dialog mit Andersdenkenden, der sich mit Empathie und Vernunft um Lösungen für Deutschland bemüht (vgl. Z. 82 ff.).

Appell

2

TIPP Anforderungsbereich: I und II mit Schwerpunkt auf AFB II

Diese Aufgabe knüpft an zentrale Inhalte des Demokratieurses (Q 1) an. Sie sollen die deutsche Verfassungsordnung daraufhin untersuchen, ob es sich um eine „liberale Demokratie“ handelt und dabei Kenntnisse der Pluralismustheorie heranziehen. Bei der Benennung der entsprechenden GG-Artikel verdeutlichen Sie die abstrakten Prinzipien durch Erklärungen oder Bezüge zum Redetext.

Der Bundespräsident hält seine Rede in einer Situation, in der er die „liberale Demokratie“ (Z. 19 f.) gefährdet sieht. Insbesondere geht es ihm um die politische „Debattenkultur in Deutschland“ (Z. 2). Diese Voraussetzung für den „gesellschaftlichen Zusammenhalt“ (Z. 4) werde durch „Fliehkräfte“ (Z. 11) und einen „Kulturkampf“ (Z. 15 f.) verschiedener Gruppen infrage gestellt. Doch was sind die wichtigsten Elemente einer „liberalen Demokratie“ überhaupt? Im Folgenden stelle ich zuerst zentrale Bausteine der deutschen Verfassungsordnung systematisch dar, die eine „liberale Demokratie“ ausmachen, und schließe dann eine Einordnung in die Pluralismustheorie an.

Einleitung

Klärung des eigenen Vorgehens

Als Fundament für die Freiheit der Bürger und die Demokratie stellt das Grundgesetz einen Katalog von **Menschenrechten** den Bestimmungen voran, die den Aufbau und das Zusammenwirken der Staatsorgane regeln. Die Würde des Menschen wird als Grundlage aller staatlichen Gewalt zuerst genannt (Art. 1 Abs. 1 GG). Die **Freiheit** des Menschen ist am deutlichsten im Recht (der Persönlichkeit) auf Leben und freie Entfaltung (Art. 2 GG) verankert. Auf diesen beiden Menschenrechten beruht die „Vielfalt“, die für Steinmeier unabhängig von Mehrheiten auszuhalten ist (vgl. Z. 50 ff.). Grundrechte wie die Meinungs- und Koalitionsfreiheit (Art. 5 und 9 GG) ermöglichen

Grundlagen der Verfassung

Freiheitsrechte

eine staatsbürgerliche Partizipation, sodass verschiedene **gesellschaftliche Gruppen** sich aktiv in den politischen Prozess einbringen können. Demokratisches Engagement rechnet Steinmeier zu den Stärken der deutschen Demokratie (vgl. Z. 43 ff.), Konflikt- und Kompromissbereitschaft (vgl. Z. 81) hebt er dabei als wichtige Merkmale eines „ergebnisoffenen Dialog[s]“ (Z. 25) hervor.

Zu den Menschenrechten gehört auch die **Rechtsgleichheit** („Gleichheit vor dem Gesetz“, Art. 3 GG), die vor Diskriminierung u. a. aufgrund des Geschlechts, der Herkunft oder der Religion schützt. Steinmeier verweist in diesem Zusammenhang auf die Feindseligkeit gegenüber Migranten (vgl. Z. 37). Die **Rechtssicherheit** (Art. 20 Abs. 3 GG) und die **richterliche Unabhängigkeit** (Art. 92 GG) begründen den **Rechtsstaat**, indem sie alle Menschen vor staatlicher Willkür schützen.

Rechtsstaat

Um die politische Partizipation aller Bürger zu gewährleisten, orientiert sich das Grundgesetz an der Leitidee der **Volkssouveränität**, die in Art. 20 Abs. 2 GG verankert ist. Dort heißt es, dass die Staatsgewalt vom Volk ausgeht und „in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt“ wird.

Demokratie

Verankert sind damit zugleich die Grundsätze der **repräsentativen Demokratie** sowie der horizontalen und vertikalen **Gewaltenteilung**. Die wechselseitige Kontrolle der Organe im Sinne von „Checks and Balances“ soll den Machtmissbrauch verhindern und die Freiheit der Bürger sichern.

Für das demokratische Engagement steht Bürgern und gesellschaftlichen Gruppen außer der oben genannten Vereinigungsfreiheit der Weg über Parteien offen, deren zentrale Rolle in der politischen Ordnung durch Art. 21 des GG abgesichert ist. Im Parteienwettbewerb, der auf einem **Mehrparteiensystem** beruht, spiegelt sich der Konflikt gesellschaftlicher Interessen. Anders als Verbände können politische Parteien diese Interessen nicht nur in der Öffentlichkeit artikulieren, sondern auch direkt in den politischen Entscheidungsprozess einbringen: vor allem in Parlamentsfraktionen und als Regierungsmitglieder. Parteien nehmen außerdem eine direkte, politische Kontrollfunktion wahr, sei es als Teil der Parlamentsmehrheit auf internen Kanälen oder als Oppositionsfraktion in der Öffentlichkeit.

Parteien und Verbände

Der politische **Entscheidungsprozess** führt sie und andere, konkurrierende Akteure aus Gesellschaft, Parlament und Regierung zusammen, um ein gemeinwohlorientiertes Ergebnis zu erzielen. Alle orientieren sich am Ordnungsrahmen des Grundgesetzes und an Grundregeln wie Mehrheitsentscheidung, Minderheitenschutz oder dem Wechsel von Regierung und Opposition. Repräsentative Ordnung und Gewaltenteilung schränken die Macht der Mehrheit ein.

Grundregeln des politischen Prozesses

Insgesamt lässt sich diese politische Ordnung in der Bundesrepublik der **pluralistischen Demokratietheorie** zuordnen. Sie geht davon aus, dass über ein Minimum von **Normen** und **Spielregeln** ein **weitgehender Konsens** besteht. Dafür steht die Ordnung des Grundgesetzes, vor allem der unveränderbare Verfassungskern (Art. 79 Abs. 3 GG). Andererseits erachtet die pluralistische Theorie die **Interessenvielfalt** in der **heterogenen Gesellschaft** und die daraus **entstehenden Konflikte** als **unvermeidlich**. Dass Meinungsverschiedenheiten offen ausgetragen werden, sieht sie als unerlässlich an für die Ermittlung des Gemeinwohls, das nicht a priori existiert, sondern am Ende eines politischen Prozesses steht und durch neue Entscheidungen revidiert werden kann. Parteien, Verbände und Medien sind daran ebenso beteiligt wie Parlamentsfraktionen und Regierung. Die Akteure, z. B. Arbeitgeber/Gewerkschaften, begrenzen dabei ihre Macht gegenseitig.

Theoretische Einordnung

3

TIPP Anforderungsbereich: I und II mit Schwerpunkt auf AFB II

In dieser Aufgabe geht es im Anschluss an eine Aussage Steinmeiers darum, Wirtschaftsordnung und Sozialstaat in Deutschland anhand des Kriteriums „soziale Gerechtigkeit“ zu überprüfen. Stellen Sie zunächst die dafür wichtigen Bestimmungen des Grundgesetzes dar. Anschließend erläutern Sie, welche Ziele und sozialpolitischen Maßnahmen mit dem Leitbild der „Sozialen Marktwirtschaft“ verbunden sind. Belegen Sie Ihre Ausführungen mit Beispielen für Sozialleistungen. Fassen Sie abschließend die Ergebnisse knapp zusammen.

Steinmeier erwähnt als eine der Stärken der deutschen Wirtschaftsordnung, dass der Ausgleich von wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit (vgl. Z. 72 ff.) eines ihrer zentralen Ziele sei. Dies ergibt sich aus Bestimmungen des **Grundgesetzes**. Der in Art. 1 Abs. 1 GG genannte Schutz der Menschenwürde soll bewirken, dass die Wirtschaftsordnung die **Autonomie** der Menschen sichert und gleichzeitig ein menschenwürdiges Leben gewährleistet. Art. 2 Abs. 1 GG garantiert in Verbindung mit der Vereinigungsfreiheit in Art. 9 und 12 GG die **allgemeine Entfaltungsfreiheit**, z. B. die Vertragsfreiheit in der Wirtschafts- und Arbeitswelt. Die **Garantie des Privateigentums** wird durch seine Sozialpflichtigkeit begrenzt (Art. 14 Abs. 1 und 2 GG), Art. 15 GG nennt sogar die Möglichkeit der Sozialisierung.

Wirtschaftsordnung im GG

Einen Gestaltungsauftrag verankern die Art. 20 bzw. 28 GG, abgesichert durch die „Ewigkeitsgarantie“ des Art. 79 Abs. 3 GG: Die Bundesrepublik ist danach ein „sozialer Bundesstaat“ und ein „sozialer Rechtsstaat“. Dieses Prinzip des **Sozialstaats** verpflichtet dazu,

Sozialstaat im GG

für eine **gerechte Sozialordnung** zu sorgen. Die konkrete Ausgestaltung wird im Grundgesetz nicht weiter definiert und hängt daher vom Gesetzgeber, also von den gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnissen ab. Aufgrund der auf dem Autonomiegebot und der **Eigentumsfreiheit** beruhenden **Wettbewerbsordnung** ist eine **strikte Planwirtschaft ausgeschlossen**. Wohl aber benennt das Grundgesetz die Zuständigkeit des Bundes für **sozial relevante Themen** von der Ausbildungsförderung bis zur Sozialversicherung (Art. 74 Abs. 1 Nr. 7, 12, 13).

Die Balance zwischen wirtschaftsnahen und sozialen Zwecken strebt auch das Leitbild der **Sozialen Marktwirtschaft** an, das der Bundespräsident wohl ebenfalls im Blick hat. Auch wenn es im Grundgesetz nicht explizit genannt und von Steinmeier nur umschrieben wird (vgl. Z. 71 ff.), hilft es, die sozialstaatlichen Elemente der Verfassung zu verdeutlichen. Die „Soziale Marktwirtschaft“ zielt darauf ab, durch Sicherung von **freier Initiative** und **Wettbewerb** die Vorteile des **Marktmechanismus** zu nutzen, aber dessen **negative Begleiterscheinungen** durch **wirtschafts- und sozialpolitische Eingriffe** zu korrigieren.

Soziale Marktwirtschaft

Um Ungerechtigkeiten und Härten für Leistungsschwächere zu begegnen, nutzt der Staat ein ganzes **Spektrum von Maßnahmen**. U. a. bemüht er sich um die **Korrektur der Einkommensverteilung** durch eine progressive Besteuerung oder die Förderung von Vermögensbildung. Folgen von Risiken wie Krankheit, Alter, Pflege oder Arbeitslosigkeit werden durch ein **staatliches System von Pflichtversicherungen** gemindert. Die **Bildungspolitik** sichert von der Kita bis zur Hochschule größere **Chancengleichheit**. **Konjunktur-, struktur- und arbeitsmarktpolitische** Maßnahmen sollen durch Investitionsförderung und Transferleistungen **Arbeitslosigkeit verhindern**. Hinzu kommen Arbeits- und Verbraucherschutz und Sozialrechte, die Tarifautonomie der Sozialpartner sowie Mitbestimmungsregelungen.

Elemente des Sozialstaats

Dass gegenwärtig über 50 Prozent der Ausgaben des **Bundeshaushalts** sozialpolitischen Zielen dienen, zeigt die Gewichtung, mit der das Ziel der sozialen Gerechtigkeit verfolgt wird.

Fazit

Die Aufgabe ist zweigeteilt. Sie sollen sich mit einer Kernaussage der Rede des Bundespräsidenten auseinandersetzen und dafür eine Karikatur hinzuziehen. Beginnen Sie mit der Analyse der vorgelegten Karikatur. Nach einem Einleitungssatz zu Künstler, Datierung und Thema beschreiben Sie die einzelnen Bild- und Textelemente, um dann die kritische Aussage herauszuarbeiten. Im zweiten Schritt beziehen Sie Ihre Interpretation auf die Kernaussagen der Rede. Von hier aus sollten Sie zu Ihrer eigenen Überprüfung der in der Aufgabenstellung zitierten Aussage übergehen, dem zweiten Schwerpunkt. Fachlich untermauerte eigene Argumente sollen Ihnen helfen, am Ende der Überprüfung zu einer eigenen Position zu gelangen.

Die am 4.5.2017 auf einer Internetseite der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlichte Karikatur von Gerhard Mester steht unter dem Titel „Konsensgesellschaft“. Sie zeigt einen **Demonstrationszug**, dessen Teilnehmer auf ihren Schildern fordern, dass ganz **unterschiedliche Gegner** „weg“, „fort“ oder „raus“ sollen. An der Spitze des Aufmarschs liest man die Forderung „Weg mit den Politikern!“ Die Bandbreite der übrigen auf den Plakaten identifizierten Feinde reicht von „Rassisten“ und „Asylanten“ über „Muslime“ und „Ungläubige“, „Nazis“, „Flüchtlinge“ und „Ausländer“ bis zu „Gutmenschen“ und „Schwule“.

Interpretation der
Karikatur

Die – anders als bei Demonstrationen üblich – äußerst **heterogenen Teilnehmergruppen** und ihre gegeneinander gerichteten Botschaften machen sofort auf die **ironische Intention** der Karikatur aufmerksam. Der „Konsens“ dieser Gesellschaft, für die die Demonstranten stehen, trägt: Er liegt in der radikalen **Feindschaft aller gegen alle**. Drei Poster verstärken diese Aussage und lassen diese **lächerlich** und **absurd** erscheinen: Ausgerechnet eine Maus fordert: „Vegetarier raus!“, ein Plakat fordert dasselbe für „Rausschmeisser“, und im Hintergrund sieht man – als Quintessenz der Szene – die Schlussverkauf-Werbung eines Kaufhauses „Alles muss raus“. An der Mehrzahl der Poster erkennt man, dass die Karikatur auf die **aufgeheizte innenpolitische Situation** nach der **Flüchtlingskrise** von 2015 reagiert. Durch das Gestaltungsmittel der **Übertreibung** entlarvt sie die **selbsterstörerische Konsequenz** einer von Wut und Empörung bestimmten öffentlichen Auseinandersetzung: Wenn alle genannten Gruppen der Gesellschaft plakativ zur Vertreibung oder Abschaffung des jeweiligen Gegners aufrufen, bleibt kaum jemand übrig, und die **Gesellschaft selbst ist am Ende**.

Die Aussage des Karikaturisten **deckt** sich trotz ihrer Zuspitzung weitgehend mit der **Analyse Steinmeiers**, dass öffentliche Debatten oft emotional, konfrontativ und entlang von Lagergrenzen verlaufen,

Vergleich mit der
Rede

bis hin zur Infragestellung der „Existenzberechtigung des anderen“ (Z. 16). Die Rede hält diesem negativen Zerrbild eines offenen Diskurses jedoch die **positiven Ansprüche** an eine **demokratische Debatte** entgegen. Im Kern gehe es um die Bereitschaft der Bürger zum „Dialog mit Andersdenkenden“ (Z. 83) und zum „Konflikt ebenso wie zum Kompromiss“ (Z. 81), wobei stets nur Annäherungen an das Gemeinwohl erreicht werden können.

Diese Haltung gehört zum Leitbild der Demokratie in einer **pluralistischen Gesellschaft**, die neben der **offenen Austragung** von **Meinungsverschiedenheiten** einen Bereich **grundlegender Übereinstimmung** benötigt. Dass Gruppen und Parteien ihre partikularen Interessen in harten Auseinandersetzungen erfolgreich austragen können, benötigt die Bereitschaft zum Kompromiss. Auf diesem Weg hat sich z. B. in der Migrationsfrage die Regierungspolitik seit 2015 schrittweise verändert.

An den **Rändern** der **Gesellschaft** und auch in der vermeintlichen Mitte kam es jedoch in den letzten Jahren zu einer **Radikalisierung**, die diesen Konsens über angemessene demokratische Verfahren in Zweifel ziehen. Dass sich kleine Gruppen in „Echokammern“ der wechselseitigen Zustimmung und Empörung zurückziehen, bildet den Anlass der Rede Steinmeiers. Dahinter steht ein Wandel der öffentlichen Debatte durch **Internet und soziale Medien**. Sie bieten zwar neue Kommunikationswege und Teilhabechancen, aber erschweren zugleich die **Unterscheidung** von **rationalen Argumenten** und **populistischen Meinungen** bzw. von „echten“ und „alternativen“ Fakten. Die zahlreichen Verschwörungstheorien in der aktuellen Coronakrise sind ein Beleg dafür.

Indem auch die **repräsentative Demokratie verspottet** wird (vgl. Z. 16 ff.), deren wichtigstes Organ das Parlament darstellt, gerät der zentrale Ort zur Aushandlung von **Kompromissen** in Misskredit. So berechtigt der Hinweis darauf ist, so schwächt doch die Verlagerung von Entscheidungen durch Europäisierung und Globalisierung die **Bedeutung des Bundestags**. Er leidet darunter, dass die Erwartungen der Bürger sich an ihn richten, seine Handlungsmacht aber durch die Bedeutung internationaler Märkte oder ein kompliziertes europäisches Mehrebenensystem beeinträchtigt wird. Man kann hier von „postdemokratischen“ Tendenzen sprechen, die die Transparenz und den Entscheidungsspielraum der Institutionen beeinträchtigen.

Hinzu kommt, dass Konflikte von Politikern bisweilen heruntergespielt und **strittige Entscheidungen** für **alternativlos** erklärt werden. Tatsächlich steigt die Komplexität politischer und gesellschaftlicher Probleme und einfache oder „populistische“ Lösungen sind nicht sinnvoll. Oft aber ersetzt die **Herrschaft von Experten** die Entscheidung der Mandatsträger. Auch aufgrund mehrerer Regie-

Überprüfung von Aussagen der Rede

Radikalisierung einzelner Gruppen

Verspottung der repräsentativen Demokratie

Mangelnde Debatte im Parlament

rungen der Großen Koalition wird Deutschland oft als **Konsensgesellschaft** beschrieben. Dies widerspricht aber grundsätzlich der **Idee** des **Pluralismus**, der **Streit** und **Konflikt** für zwingend **erforderlich** hält. Das Ringen um die beste Lösung setzt Differenzen und Alternativen voraus (vgl. Z. 50 ff.).

Steinmeiers Verteidigung der Demokratie stimme ich insgesamt zu, da er eindringlich **aktuelle Gefahren** der deutschen Demokratie vor allem im Hinblick auf öffentliche Debatten benennt, aber auch ihre **Stärken** herausstellt. Allerdings sind auch die Politiker selbst, also die Akteure im politischen Entscheidungsprozess, gefragt, wie ich oben angedeutet habe. Vor allem kommt es auf das **lebendige** und **konfliktbewusste** Agieren der Abgeordneten in den **Parlamenten** an.

Eigenes Urteil

WETTBEWERBSPOLITIK

Aufgabenstellung

- 1 Fassen Sie den vorliegenden Text zusammen. (Material 1) (20 BE)
- 2 „Europas Wohlstand gründet auf Wettbewerb, nicht auf Abschottung.“ (Material 1)
Untersuchen Sie, inwiefern Wettbewerb und offene Märkte für den Wohlstand Europas von Bedeutung sind. (25 BE)
- 3 Steltzner spricht von einem „holprigen Übergang zu einer multipolaren Weltordnung.“ (Material 1)
Stellen Sie zwei konkurrierende Theorieansätze internationaler Politik hinsichtlich der Aspekte Frieden und Sicherheit gegenüber. (25 BE)
- 4 Interpretieren Sie die Karikatur (Material 2) und nehmen Sie vor diesem Hintergrund zu Steltzners Aussage Stellung, dass „Trumps plumper Protektionismus [...] eine Gefahr für den Welthandel“ (Material 1) ist. (30 BE)

M 1 Holger Steltzner: Europa soll auf Amerika zugehen (2018)

Die Globalisierung ist auf dem Rückzug. Was heißt das für Europa und die neue Bundesregierung? Protektionismus und Nationalismus sind wieder salonfähig. Auch andere Entwicklungen erinnern an die Zeit zwischen den Weltkriegen, als eine Spirale der Protektion den Welthandel zusammenbrechen ließ. Schon damals gab es eine Globalisierungswelle mit revolutionären neuen Techniken. Heute sind es Roboter, Internet und Smartphone. Übrigens brachen schon vor hundert Jahren Millionen Menschen auf, um aus ihrem Elend auszuwandern.

Als hätte die Menschheit nichts aus der Geschichte gelernt, sucht heute wieder eine steigende Zahl von Politikern, Managern und Intellektuellen ihr Heil in der Protektion, weil sie im Welthandel ein Nullsummenspiel sehen. Dabei hat allein China dank der Öffnung der Wirtschaft in nur drei Jahrzehnten 800 Millionen Menschen aus der Armut geholt, ohne dass deswegen alle Amerikaner und Europäer in tiefste Armut gestürzt worden sind. Eine größere Erfolgsgeschichte in der globalen Armutsbekämpfung ist nicht bekannt. Wie also kann man vermeiden, dass die Globalisierung zurückgedreht und der Handelskrieg zu einem normalen Mittel der Politik wird?

Zum Glück verteidigten im Herbst 2008, als die Lehman-Pleite die Weltwirtschaft erschütterte, die G-20-Staaten¹ den Freihandel und verhinderten eine Kernschmelze wie in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Würden sie das heute wieder tun? Das Freund-Feind-Denken ist im Weißen Haus angekommen. Unter Präsident

20 Trump hätte Amerika wohl die protektionistische Abschottung gewählt, und die anderen G-20-Länder hätten mit Gegenschlägen reagiert.

Natürlich gibt es auch Verlierer der Globalisierung. Politiker müssen mehr tun, um diese besserzustellen. Freihandel heißt jedoch nicht, dass überall dieselben Arbeits-, Umwelt-, Sozialrechte oder Steuern gelten müssen. Wer das will, möchte oft nur Wettbewerb und Entwicklung ausschalten. Das gilt auch für die EU-Kommission, die sich als Freihändler geriert, aber mit Entsenderichtlinie und Sozialunion der Konkurrenz aus Mittelosteuropa den Garaus machen möchte. Auch das ist schleichender Protektionismus. Man kann es nicht laut genug sagen: Europas Wohlstand gründet auf Wettbewerb, nicht auf Abschottung.

30 Trumps plumper Protektionismus (Zölle mit Verweis auf die nationale Sicherheit) ist eine Gefahr für den Welthandel. Aber auch die Liste mit etwas lächerlichen Gegenschlägen der EU (Orangen, Erdnussbutter und Harleys) ist fragwürdig, weil damit eine Spirale der Abschottung in Gang gesetzt werden kann, von der niemand weiß, wie und wo sie enden wird. Berlin sollte Brüssel zügeln; ein selbstgerechtes Auftreten wie in den Brexit-Verhandlungen könnte nach hinten losgehen, zumal die EU höhere Zölle als Amerika verlangt. Während die Vereinigten Staaten die Hälfte aller Importe zollfrei ins Land lassen, erlaubt die EU das nur für ein Viertel der Einfuhren. Augenfällig sind die Unterschiede beim deutschen Exportschlager: Die EU schlägt auf importierte Autos Zölle von zehn Prozent auf, die Amerikaner nur von 2,5 Prozent.

40 Moralisches Überlegenheitsgefühl der Europäer ist fehl am Platz, gefragt sind Deeskalation und Realpolitik. Zum Betrachten der Wirklichkeit gehört, dass Europa vom militärischen Schutzschirm der Amerikaner profitiert, sich an den Kosten aber nicht angemessen beteiligt. Viele Europäer nahmen das Gerede von der Friedensdividende wörtlich: für sie stand die Verpflichtung der Nato-Partner, die Verteidigungsausgaben in Richtung zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, nur auf dem Papier. 45 Trauriger Beleg hierfür ist der schändliche Zustand der Bundeswehr. In einer Welt voller Konflikte und aggressiver Autokraten sollte Deutschland seine Rüstungsausgaben nicht zögerlich, sondern kräftig erhöhen.

Im holprigen Übergang zu einer multipolaren Weltordnung geht es nicht „allein“ 50 darum, dass ein Handelskrieg den globalen Aufschwung abwürgt. Es droht ein Ausstieg der Vereinigten Staaten aus der liberalen Weltwirtschaftsordnung, deren Werte die Supermacht früher garantierte, selbst wenn gegen die Prinzipien des Freihandels verstoßen wurde. Der Abschied vom liberalen Ideal begann allerdings lange vor Trump. Seit Chinas Beitritt zur Welthandelsorganisation kann diese nicht mehr über den Freihandel wachen, weil die zweitgrößte Wirtschaftsmacht laufend und massiv gegen die Regeln verstößt. Pekings Staatskapitalisten weigern sich, Unternehmen aus Amerika oder Europa dieselben Rechte in China einzuräumen, die sie für sich in Anspruch nehmen, wenn sie etwa Firmen wie den Roboterhersteller Kuka kaufen.

Europa sollte auf Amerika zugehen und gemeinsam Reziprozität² von China verlangen. China ist übrigens auch Auslöser des Stahlstreits. Ohne die hohen Subventionen für Chinas Staatsmonopole gäbe es die globale Stahlschwemme nicht. Die richtige Antwort wäre jetzt ein transatlantischer Schulterchluss analog zum gerade beschlossenen transpazifischen Freihandelspakt unter Führung Japans. Der Westen sollte geschlossen für Freihandel und seine Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle kämpfen.

Holger Steltzner: Europa sollte auf Amerika zugehen, FAZ vom 22.03.2018, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kommentar-europa-sollte-im-handelsstreit-auf-amerika-zugehen-15506055.html> © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv

Anmerkung

- 1 G20 – Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer
- 2 Reziprozität – Wechselseitigkeit

M 2 Paolo Calleri: Ausbootung (2018)



© Paolo Calleri/toonpool.com

Lösungsvorschlag

Unterrichtsinhalte:

Themenfeld: Nachhaltiges Wachstum und fairer Wettbewerb – Herausforderungen wirtschaftlicher Ordnungspolitik (Q 2.2.), insbesondere:

- Wettbewerb in unterschiedlichen Marktformen
- wirtschaftliche Konzentrationsprozesse
- Wettbewerbspolitik der Europäischen Union

Kursübergreifende Bezüge:

- Strukturwandel der Weltwirtschaft als Herausforderung ökonomischer Globalisierung (Q 3.2 Politische Gestaltung der Weltwirtschaftsordnung)
- Internationale Konflikte und Globalisierung der Staatenwelt (Q 3.1. Theorien der internationalen Politik)

1

TIPP Anforderungsbereich: I

Ausgehend von einem Einleitungssatz, in dem Sie Textquelle, Textart und Autor nennen, fassen Sie die den vorliegenden Text in eigenen Worten unter Verwendung fachsprachlicher Begriffe zusammen. Verdeutlichen Sie Ihre Distanz zum Text, indem Sie den Konjunktiv verwenden oder entsprechende sprachliche Signale einsetzen. Beachten Sie Hinweise auf die Textart in der Quellenangabe.

Der Text von Holger Steltzner wurde unter dem Titel „Europa soll auf Amerika zugehen“ am 22.03.2018 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlicht. Der Verfasser kommentiert unter dem Eindruck zunehmender protektionistischer Tendenzen im **Welthandel** seitens der USA und China kritisch die Frage, wie Europa und Deutschland auf diese Entwicklungen reagieren sollen. Steltzner sieht es als dringend notwendig an, zu verhindern, dass **Handelskriege** als politisches Instrument zur Normalität werden.

Protektionistische und nationalistische Tendenzen, so Steltzners Ausgangsthese, würden dazu beitragen, dass die **Globalisierung** sich auf dem Rückzug befinde (vgl. Z. 1). Offenbar habe man aus der Zeit zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg nichts gelernt: Auch damals habe **protektionistische Handelspolitik** den **Welthandel einbrechen** lassen (vgl. Z. 3 ff.).

Nach Ansicht des Autors haben **Globalisierung** und **Freihandel** für eine Vermehrung des **Wohlstands** auf der ganzen Welt gesorgt. Als Beleg nennt Steltzner China. Hier sei es gelungen, in relativ kurzer Zeit viele Menschen durch die Öffnung der Märkte aus der Armut zu bringen (vgl. Z. 10 ff.).

Zwar gebe es zweifelsohne auch **Globalisierungsverlierer**, für eine Verbesserung der Rechte im Bereich von Arbeit und Umwelt sowie

Quelle

zentrales Thema des Kommentars

Protektionismus und Nationalismus schaden dem Welthandel

Freihandel als Garant für Wohlstand

Globalisierungsverlierer

der Sozialstandards müssten Politiker eintreten. Dies heiÙe jedoch nicht, dass überall die **gleichen Standards oder Steuern** gelten müssten, denn Konkurrenz sei für den internationalen **Wettbewerb** unbedingt notwendig (vgl. Z. 22 ff.). So verfolge die EU mit der vordergründig als Mittel zur Gleichstellung geforderte Entsenderichtlinie eigentlich nur das Ziel, die Konkurrenz aus Osteuropa auszuhebeln (vgl. Z. 25 ff.).

Freihandel bedeutet nicht Gleichmacherei

Auch wenn Trumps „plumper **Protektionismus**“ (Z. 30) den **freien Welthandel bedrohe**, dürfe die EU nicht der Versuchung erliegen, durch spontane Gegenmaßnahmen eine „Spirale der Abschottung“ (Z. 33) anzustoßen. Hier müsse man auch im Blick behalten, dass die EU insgesamt mehr Zölle erhebe als die USA (vgl. Z. 35 f.).

Protektionismus der USA bedroht den freien Welthandel

Außerdem könne die **Handelspolitik** gegenüber den USA nicht isoliert von der Situation der **internationalen Beziehungen** betrachtet werden. Europa habe sich viele Jahrzehnte lang unter den militärischen Schutz der USA gestellt (vgl. Z. 41 f.). Auch Deutschland erfülle mit seinen Rüstungsausgaben nicht das angestrebte Ziel der NATO (vgl. Z. 43 ff.). Auf dem Spiel stehe, so Steltzner, nicht nur der freie Welthandel, sondern auch ein Ausstieg der USA aus einem **gemeinsamen Wertesystem**, das es auf dem Weg in eine **multipolare Weltordnung** zu verteidigen gelte (vgl. Z. 49 ff.).

Handelspolitik beeinflusst internationale Beziehungen

Allerdings sei die **liberale Weltwirtschaftsordnung** schon lange vor Trumps Hinwendung zum Protektionismus durch China infrage gestellt worden. Trotz des Eintritts Chinas in die **WTO** verfolge das Land einen überwiegend einseitigen Freihandel, indem es sich selbst – zum Beispiel in Bezug auf **Auslandsinvestitionen** – mehr Rechte einräume als seinen Handelspartnern (vgl. Z. 53 ff.) und seinen Unternehmen durch **staatliche Subventionen Wettbewerbsvorteile** verschaffe (vgl. Z. 60 f.).

USA beschützen Europa noch

Ambivalente Handelspolitik Chinas

Steltzner kommt zu dem Schluss, dass die europäische Politik **de-eskalierend** reagieren müsse. Europa sollte sich gemeinsam mit den USA für eine **Verteidigung des Freihandels** gegenüber China einsetzen (vgl. Z. 59 f.). Gleichzeitig sollte „[d]er Westen“ (Z. 63) gemeinsam und entschlossen für seine **Gesellschaftssysteme** und die **Freiheitsrechte** eintreten (vgl. Z. 63 f.).

Subventionen untergraben das Ideal der freien Wirtschaftsordnung

Fazit:
Deeskalation und Eintreten für westliche Werte

Machen Sie sich zunächst klar, was der Operator „untersuchen“ bedeutet: „Sachverhalte unter bestimmten Aspekten betrachten und belegen“. Sie sollen sich damit befassen, inwieweit die Existenz von Wettbewerb und offenen Märkten (Aspekte) für den Wohlstand in Europa (Sachverhalt) wichtig sind. Belegen Sie Ihre Annahmen mit Beispielen, die Sie im Unterricht besprochen haben und orientieren Sie sich – sofern möglich – auch an M 1.

In einer **freien Marktwirtschaft** ist der **Wettbewerb** das zentrale **Koordinationsprinzip**. Freier Wettbewerb bedeutet, dass Unternehmen frei entscheiden können, was sie produzieren wollen und zu welchem Preis sie ihre Güter verkaufen möchten. Umgekehrt entscheidet auch der Konsument frei darüber, welche Güter er von welchem Anbieter erwirbt. Der Einsatz vorhandener Ressourcen und die Verteilung der Güter auf dem Markt werden durch das **Wettbewerbsprinzip** optimiert.

Wettbewerb als Koordinationsprinzip der Marktwirtschaft

Damit der **Marktmechanismus** im Binnenmarkt der EU effizient funktioniert, wacht die EU-Kommission über die Einhaltung der Wettbewerbsregeln.

EU-Kommission wacht über Wettbewerb

Das europäische Kartellrecht sieht Maßnahmen (z. B. hohe Geldstrafen) gegen **Wettbewerbsverzerrung** vor. Wettbewerbswidrige Preis- oder Absatzabsprachen, nicht zulässige staatliche **Subventionen** oder Sondersteuern sollen so verhindert werden. Die **Fusionskontrolle** garantiert, dass Zusammenschlüsse großer Unternehmen durch die EU-Kommission genehmigt werden müssen. So wird versucht, eine **Monopolbildung** zu verhindern. Zu den Instrumenten, die den freien Wettbewerb verbessern, gehört auch die Harmonisierung von Vorschriften in Recht und Verwaltung innerhalb der EU.

Wettbewerbsverzerrung durch Fusionskontrolle verhindern

In der Theorie der Marktwirtschaft geht man davon aus, dass Wettbewerb den Wohlstand fördert. Dies ist auch die Aussage von Holger Steltzner in seinem Kommentar (M 1). Am Beispiel der EU lässt sich zeigen, dass diese Annahme zwar im Prinzip richtig ist. Allerdings kann das Wettbewerbsprinzip auch Nachteile mit sich bringen.

Vor- und Nachteile des Wettbewerbs

Innerhalb der EU wird der freie Wettbewerb durch die Freiheiten des **gemeinsamen Binnenmarkts** garantiert.

Wettbewerb im EU-Binnenmarkt

Der **freie Personenverkehr** erlaubt z. B. Arbeitnehmern, die Bürger der EU sind, sich in einem beliebigen EU-Staat niederzulassen und eine Arbeit aufzunehmen. Sie können theoretisch also dort arbeiten, wo sie am meisten verdienen. In der Praxis (zum Beispiel auf dem Bau, in der Logistik, in der Landwirtschaft) gibt es jedoch viele Arbeitskräfte, die von Unternehmen aus anderen EU-Staaten „entsendet“ werden und für niedrigere Löhne arbeiten als inländische

Freier Personenverkehr

Arbeitnehmer, diesen also eventuell sogar Arbeitsplätze wegnehmen. Die in M 1 genannten Bestrebungen der EU, dies durch eine Änderung der Entsenderichtlinie zu verhindern, zeigen die Zweideutigkeit des Wettbewerbsprinzips.

Der **freie Dienstleistungsverkehr** ermöglicht Wettbewerb auch über Staatsgrenzen hinweg. Unternehmen werden durch die entstehende Konkurrenz zu Innovationen gezwungen, was Verbrauchern ein vielfältiges Angebot bietet. Die Preise werden günstiger, was zu einer erhöhten Kaufkraft der Nachfrageseite führt.

Freier Dienstleistungsverkehr

Innerhalb der EU ermöglicht der **freie Warenverkehr** zollfreien Handel ohne Importbeschränkungen. Normen und Vorschriften sind weitgehend harmonisiert und auch die Steuern wurden immer mehr angeglichen. Der freie Handel bietet den Unternehmen einen großen **Absatzmarkt**. Davon profitiert vor allem die deutsche Wirtschaft, denn ein Großteil der deutschen Exporte verbleibt in der EU. Allerdings gibt es in Europa auch Staaten bzw. Regionen, die nicht in diesem Ausmaß vom Wettbewerb profitieren.

Freier Warenverkehr

Profit durch Export

Länder wie Griechenland, Italien, Portugal und Spanien haben zwar insgesamt einen Wohlstandszuwachs erfahren, dennoch gibt es innerhalb der EU ein starkes „**Nord-Süd-Gefälle**“, das vor allem während der Finanzkrise deutlich erkennbar wurde. Und ein Argument der Briten für den mittlerweile vollzogenen Brexit ist, dass man im Alleingang viel profitablere Handelsabkommen abschließen könne und ohne die Regelungsmechanismen der EU viel ertragreicher wirtschaften könne. Zwischen den europäischen Staaten entsteht ein **Wettbewerbsdruck**, weil Unternehmen sich da niederlassen können, wo sie die besten Bedingungen vorfinden. Dies ist aus Sicht der Unternehmen vor allem wegen der in Europa nicht einheitlichen Löhne und Sozialstandards von Vorteil. Geringere Löhne und Sozialstandards bedeuten, dass sie billiger produzieren und ihren Gewinn maximieren können. Durch die Verlagerung von Produktionsstandorten zum Beispiel nach Osteuropa können allerdings im Westen **Arbeitsplätze** verloren gehen, was zu **Wohlstandsverlusten** führt.

Nord-Süd-Gefälle: Wachstum unterschiedlich

Wettbewerbsdruck sorgt für niedrige Preise

Es lässt sich erkennen, dass ein Fokus auf freien Wettbewerb alleine noch nicht zwingend zu mehr Wohlstand führt. Daher ist es wichtig, die Marktwirtschaft sozial abzufedern, also eine **soziale Marktwirtschaft** zu etablieren. Folglich hat nicht nur, wie Steltzner behauptet, der Wettbewerb zu Europas Wohlstand geführt, sondern das Zusammenspiel aus **wirtschaftlicher Freiheit** (gemeinsamer Binnenmarkt) und **sozialstaatlicher Politik**.

Arbeitsplatzverluste durch Standortverlagerungen

Soziale Marktwirtschaft als Grundlage von Wohlstand

Der Operator „gegenüberstellen“ erfordert in dieser Aufgabenstellung einen Vergleich. Sie haben die Auswahl aus drei Theorien (Institutionalismus, Liberalismus, Realismus) und sollen zwei davon hinsichtlich ihrer Aussagen über Frieden und Sicherheit einander gegenüberstellen. Verdeutlichen Sie Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Erklärungsansätzen. Ihre persönliche Einschätzung, welche Theorie einen „besseren“ Erklärungsansatz bietet, ist nicht gefordert. Beschränken Sie sich daher auf eine sachliche und objektive Darstellungsweise.

Mit seiner Aussage, der Übergang zu einer multipolaren Weltordnung sei „holrig“ (Z. 49), meint Holger Steltzner, dass die **Neuordnung der Staatenwelt** seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes nicht reibungslos verlaufe. Die Welt sei „voller Konflikte und aggressiver Autokraten“ (Z. 47). Tatsächlich ist die Zahl der **Kriege** und bewaffneten **Konflikte** in der Welt hoch und unübersichtlich und der Weltfrieden erscheine als ein unerreichbares Ziel. Wie kann man angesichts einer Vielzahl von Akteuren, die in der Weltpolitik „mischen“, Frieden und Sicherheit herstellen? Welche theoretischen Erklärungsansätze helfen, die Entwicklungen in den internationalen Beziehungen zu verstehen?

In der Theorie der internationalen Politik gibt es drei große Theorieschulen, die sich mit diesen Fragen beschäftigen und Erklärungsansätze liefern. Im folgenden werden Realismus und Liberalismus bezüglich ihrer Aussagen zu Sicherheit und Frieden verglichen.

Die Theorie des **Realismus** geht davon aus, dass Staaten nach dem Prinzip der Selbsthilfe egoistisch handeln. Jeder Staat will seine Interessen in einer **anarchischen Staatenwelt** so weit wie möglich gegenüber anderen Staaten durchsetzen. Dazu ist der Erwerb von Macht erforderlich. „Macht“ bedeutet in einer globalisierten Welt nicht nur militärische Macht, sondern auch wirtschaftliche Macht. Die in M1 angesprochenen **Handelskriege** (vgl. Z. 3f.) sind ein Beispiel dafür. Verfolgen alle Staaten das **Prinzip der Selbsthilfe**, sind Konflikte und Kriege wahrscheinlich. Staaten bedrohen sich gegenseitig mit **wirtschaftlichen Sanktionen** und Einschränkungen, wie dies zwischen den USA und China zu beobachten ist (vgl. Z. 54 ff.). In militärischer Hinsicht bedeutet Stärke **Aufrüstung**, die zur Verunsicherung potenzieller Gegner führt und eine Aufrüstungspirale in Gang setzen kann. Dieser Abschreckungsmechanismus kann zwar Stabilität bringen, widerspricht aber den Bedürfnissen einer globalisierten Welt. Ein Beispiel hierfür sind der andauernde Disput zwischen Nordkorea und den USA oder die Auseinandersetzungen über das iranische Atomprogramm, aber auch der Ausstieg der USA aus dem INF-Vertrag.

Die Welt ist unsicherer geworden

Theorien als Erklärungshilfe

Realismus: Anarchie der Staatenwelt

Selbsthilfe: Konflikte, Handelskriege, Aufrüstung

Der **Liberalismus** kann als Gegenmodell zum Realismus betrachtet werden. Er unterstellt, dass vor allem demokratische Staaten mit einer entsprechenden politischen Kultur grundsätzlich eine **Kooperation** anstreben. Ausgehend von einem vernunftbasierten Menschenbild kommen Staaten nach dieser Theorie zu der Erkenntnis, dass der Nutzen durch Zusammenarbeit höher ist als durch kriegerische Auseinandersetzungen. Frieden und Sicherheit sind am ehesten durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, den Abschluss von Verträgen, gemeinsamen Handel und das Verbreiten freiheitlicher Werte (vgl. Z. 51, 64) zu erreichen. Die Existenz **internationaler Organisationen** mit zum Teil weitreichendem Handlungsspielraum (**UN, WTO, EU**), aber auch eine Vielzahl internationaler Verträge (**NATO, Rüstungskontrollabkommen**) lässt sich mit der Theorie des Liberalismus erklären.

Liberalismus:
vernünftige
Staaten arbeiten
zusammen

Kooperation als
Ausdruck gemein-
samer Werte-
systeme

Anstelle von Realismus oder Liberalismus könnte auch der Institutionalismus ausgewählt werden:

Auch der **Institutionalismus** bietet einen Erklärungsansatz für kooperatives Verhalten von Staaten in einer **anarchischen Staatenwelt**. Dies geschieht zum Beispiel in Form von internationalen Institutionen oder Rüstungskontrollvereinbarungen. Die Staaten gehen davon aus, dass Institutionen mit ihren Regeln und Überwachungsmechanismen asymmetrische Machtstrukturen verhindern. Die Bereitschaft, Institutionen für die Herstellung von Frieden und Sicherheit zu nutzen, wird nach dem Institutionalismus allerdings weniger durch einen **Wertebezug** als vielmehr durch ein rationales **Kosten-Nutzen-Kalkül** begründet. Nicht der Wert der Zusammenarbeit an sich, sondern der daraus entstehende Nutzen steht im Mittelpunkt. Obwohl der Institutionalismus das gleiche Ziel wie der Liberalismus, nämlich kooperatives Verhalten der Staaten zur Friedenssicherung, anstrebt, steht er dieser Theorie insofern gegenüber, als er eine grundlegend andere Motivation für das Erreichen des Ziels formuliert.

Institutionalismus:
Anarchie der
Staatenwelt

Kosten-Nutzen-
Abwägung

4

TIPP Anforderungsbereich: II und III mit Schwerpunkt auf AFB III

Diese Aufgabe verlangt von Ihnen zwei Arbeitsschritte. Sie interpretieren eine Karikatur (Schritt 1) und setzen diese anschließend in Form einer Stellungnahme in Bezug zu einem Zitat aus M 1 (Schritt 2). Mit der Stellungnahme haben Sie die Möglichkeit, die protektionistischen Absichten des amerikanischen Präsidenten kritisch zu beurteilen. In der hier als Musterlösung vorliegenden Stellungnahme wird die Aussage Steltzners unterstützt. Natürlich kann Ihre Meinung eine andere sein. Argumentieren Sie auf jeden Fall sachlich und begründen Sie Ihre Position möglichst mithilfe von Beispielen, die Sie im Unterricht besprochen haben.

Die unter dem Titel „Ausbootung“ im Jahr 2018 auf dem Portal toonpool.com veröffentlichte **Karikatur von Paolo Calleri** zeigt Donald Trump alleine in einem kleinen Boot auf dem Meer. Das Boot ist mit der US-Flagge bemalt. Der mit der Aufschrift „Freihandel“ versehene Außenbordmotor treibt in einigem Abstand auf dem Wasser, er wurde offenbar von Trump mit einer Brechstange herausgebroschen, die dieser nun über der Schulter hängen hat. Den fehlenden Antrieb versucht Trump durch Pusten in die Luft oder Spucken in die Hände zu ersetzen, er motiviert sich mit einem optimistischen und unverdrossenen „Auf geht’s“. Trump hat den Freihandel spontan „über Bord geworfen“, er hat (so die eigentliche Bedeutung des Begriffs „Ausbootung“) im kleinen Boot das sichere Schiff des Freihandels verlassen, ohne die äußeren Umstände oder eventuelle Konsequenzen zu überdenken. Der Zeichner nimmt eine **kritische Haltung** zu Trumps Handelspolitik ein und verdeutlicht, dass nun der Antrieb fehlen wird. Die USA werden zu einem Spielball der Naturgewalten und sind von Trump auch im übertragenen Sinn „ausgebootet“, also aus dem Rennen genommen worden.

Beschreibung und Deutung der Karikatur

Holger Steltzner bezeichnet Trumps **Protektionismus**, der mit dem Slogan „America First“ verbunden wurde, als „plump“ und er sieht darin eine „Gefahr für den **Welthandel**“ (Z. 30 f.). Ein freier Handel, dies führt Steltzner zu Beginn seines Artikels mit Verweis auf die Große Depression in den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts an, trägt zum Frieden zwischen den Ländern bei und sorgt für Wohlstand (vgl. Z. 13 f.). Ein **Risiko** protektionistischer Handelspolitik besteht darin, dass Handelsbeschränkungen Gegenmaßnahmen des betroffenen Handelspartners bewirken. Tarifäre Handelsbeschränkungen in Form von Zöllen verteuern Güter, verringern möglicherweise den Absatz und führen so zu Verlusten auf beiden Seiten. Für Deutschland als Exportnation wäre eine Abkehr vom **Freihandel** wirtschaftlich fatal, hier hängen viele Arbeitskräfte vom Export ab. Außerdem sind viele Unternehmen, zum Beispiel in der Automobilbranche oder in der Chemie, von internationalen Lieferketten abhängig und könnten ihre Produkte in einer Welt mit Handelsbeschränkungen kaum noch produzieren. Befürworter des Protektionismus argumentieren dagegen, dass durch **Zölle** oder durch nicht-tarifäre Handelsbeschränkungen die **heimische Wirtschaft und somit auch Arbeitsplätze** geschützt werden. Außerdem nehme man durch Zölle ja Geld ein. Diese Begründung ist auf den ersten Blick zwar nachvollziehbar. Allerdings können unter Umständen die Nachteile überwiegen. Die von China als **Gegenreaktion** auf amerikanische Importzölle für Stahl, Technologieprodukte und Maschinen eingeführten Zölle für amerikanische Sojabohnen in Höhe von 25 % führten dazu, dass amerikanischen Farmern die Absatzmärkte einbrachen und Bran-

Bezug auf das Zitat

Risiken des Protektionismus

Nachteile für Exportnationen

Nachteile für Unternehmen

Vorteil: Schutz der eigenen Wirtschaft

Einnahmen durch Zölle

Schmerzhafte Gegenreaktionen

chenverbände gegen Trump protestierten. Der Schutz der einheimischen Wirtschaft durch Abgrenzung kann vorübergehend manchmal sinnvoll sein, um junge Unternehmen zum Beispiel in Entwicklungsländern zu stärken. Auf Dauer wird so jedoch **Innovation und echter Wettbewerb** verhindert und der Freihandel ist in Gefahr.

Weniger Innovation und Wettbewerb

Das weltweite Bekenntnis zum **Freihandel**, das sich in der Mitgliedschaft der meisten Staaten in der **WTO** zeigt, wird durch einseitige protektionistische Aktionen infrage gestellt. **Internationale Wirtschaftsbeziehungen sind immer auch politische Beziehungen**. Diese können sich durch Handelskriege verschlechtern und zu politischen Konflikten führen. Bestehende Konflikte können eskalieren – das in der Handelspolitik derzeit verwendete „Kriegsvokabular“ verdeutlicht dies auf erschreckende Weise.

Meiner Ansicht nach kann es bei **Handelskriegen keine Gewinner** geben und eine Politik der Abschottung ist immer auch mit der Hinwendung zum **Nationalismus** verbunden. Trumps „plumper Protektionismus“ (Z. 30) wird den Welthandel nicht zum Einsturz führen. Sollten aber andere Länder nachziehen, ist der Wohlstand vieler Menschen in Gefahr, ganz gleich, auf welchem Niveau sich dieser befindet.

Fazit:
Handelskriege kennen keine Gewinner

CHINA UND DIE NEUE GEOÖKONOMIE

Aufgabenstellung

- 1 Fassen Sie den vorliegenden Text zusammen. (Material) (25 BE)
- 2 Untersuchen Sie ausgehend vom Text, inwiefern der Prozess der Globalisierung Staaten abhängiger voneinander und „verwundbarer für den Einsatz wirtschaftlicher Machtmittel macht“. (25 BE)
- 3 Stellen Sie Ziele und Instrumente europäischer Wettbewerbspolitik dar. (20 BE)
- 4 Diskutieren Sie anknüpfend an Mairs Aussagen, ob Deutschland seine wirtschaftliche Stärke intensiver zur Durchsetzung seiner außenpolitischen Interessen – z. B. gegenüber China oder bei der „Aushandlung von Freihandelsabkommen“ (Material) – nutzen sollte. (30 BE)

M Stefan Mair: Unternehmen Außenpolitik (2019)

Die Krise des Multilateralismus und das Wiedererstarken der Großmachtpolitik haben die Aufmerksamkeit auf einen zwar nicht neuen, lange Zeit aber vernachlässigten Ansatz zur Erklärung internationaler Beziehungen gelenkt: die Geoökonomie. Der Begriff beinhaltet zwei Aspekte: zum einen den Einsatz politischer Mittel, um wirtschaftliche Ziele zu erreichen. Das umfasst die klassischen Mittel der Außenwirtschaftspolitik wie Handels- und Investitionsabkommen, staatliche Außenwirtschaftsförderung wie Exportkreditversicherung und Delegationsreisen, aber auch immer öfter staatliche Eingriffe zur Rohstoffsicherung. Zum anderen den Einsatz wirtschaftlicher Mittel, um politische Ziele zu erreichen: Kontrolle von Märkten, Handelsüberschüssen und Währungsreserven, strategische Investitionen, Wirtschaftssanktionen. [...]

Was ist also neu und macht Geoökonomie derzeit besonders bedeutsam? Dreierlei: Erstens wächst die Bedeutung der Wirtschaftskraft als Machtfaktor deutlich gegenüber anderen Faktoren. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass der Einsatz oder gar nur die Androhung militärischer Gewalt in vielen Staaten, vor allem aber in westlichen Demokratien, deutlich an gesellschaftlicher Akzeptanz verloren hat. Wirtschaftlicher Druck gerät deshalb immer mehr zur einzigen verbleibenden Zuflucht, wenn Diplomatie versagt. Zum anderen ist aufgrund der modernen Medien wirtschaftlicher Erfolg sichtbarer, die Soft Power erfolgreicher Staaten größer.

Zweitens haben der beschleunigte Prozess der Globalisierung, die damit verbundene Herausbildung globaler Wertschöpfungsketten und die Verdichtung internationaler Finanzströme Staaten verwundbarer für den Einsatz wirtschaftlicher Machtmittel

gemacht. Sanktionen können heute zielgerichteter eingesetzt werden, ihr Schaden kann weitaus größer sein als je zuvor. Gleichzeitig sind auch die Anreize zu wirtschaftlicher Kooperation stärker. Freihandels- und Assoziierungsabkommen sind beispielsweise für die EU entscheidende Mittel, um andere Staaten an die Union zu binden und die eigenen Regeln durchzusetzen.

Drittens gibt es seit einigen Jahren einen sehr machtvollen Staat, der Geoökonomie zum Anker seines strategischen Vorgehens macht: China bindet andere Staaten durch Rohstoffabkommen und große Infrastrukturprojekte an sich, schafft dadurch im ersten Zug wirtschaftliche Abhängigkeiten, die sich in weiteren Schritten politisch instrumentalisieren lassen. Mit der „Belt and Road Initiative“ (BRI)¹ hebt es diese Anstrengungen auf ein neues Niveau. Das Projekt sieht die Schaffung von sechs eurasischen Landkorridoren und einer maritimen Seidenstraße vor. Es umfasst dabei 65 Staaten Asiens, Europas und Afrikas, die 62 Prozent der Weltbevölkerung aufweisen. Kalkuliert wird mit einer Investitionssumme von mehr als einer Billion Dollar. [...]

Auch die Verfügungsgewalt über strategische Rohstoffe wird sich ändern. Sollte es gelingen, fossile Energieträger immer mehr durch erneuerbare Energien und Kernkraft zu substituieren, dürfte dies die wirtschaftliche Macht von Ländern wie Russland und Saudi-Arabien deutlich mindern. Allerdings könnten andererseits die Staaten Nordafrikas, des Sahels und auch der Arabischen Halbinsel von einem Ausbau der Solarenergie profitieren und einen Bedeutungszuwachs erfahren. Aber auch die Verfügungsgewalt über andere strategische Rohstoffe könnte ein wichtiger Machtfaktor werden. Aufgrund der derzeitigen technologischen Entwicklungen zählen hierzu vor allem seltene Erden, Lithium, Kupfer und Kobalt. China hat sich bei deren Kontrolle einen erheblichen Startvorteil erarbeitet.

Noch wichtiger als die Kontrolle über Rohstoffe wird in den kommenden Jahren die Fähigkeit zu technologischer Innovation als Faktor wirtschaftlicher Stärke. Auch hier drohen die Länder Europas aufgrund unzureichender Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie fehlender Fachkräfte an Boden zu verlieren. Wer künftig Schlüsseltechnologien kontrolliert, wird sie nicht nur mittelbar zur Ausübung wirtschaftlicher Macht verwenden können, indem er beispielsweise die wirtschaftliche Entwicklung anderer Länder durch das Vorenthalten dieser Technologien behindern kann – ein Ansatz, der gerade in den USA viele Unterstützer findet. Er wird sie auch direkt zur Schädigung anderer Länder in Form von Cyber-Attacken oder zumindest zu deren Bedrohung einsetzen können. In wenigen Jahren sind Szenarien der Kriegführung denkbar, in denen voll automatisierte Drohnen und Roboter die Konflikte austragen.

Ein wirtschaftlicher Faktor zur Ausübung von Macht wird häufig vernachlässigt: die Fähigkeit, international Standards und Normen durchzusetzen. In der Vergangenheit war es vor allem das Zusammenspiel von USA und EU, das Standards universelle Gültigkeit verliehen hat. Diese privilegierte Position ist durch zwei Entwicklungen bedroht: zum einen durch die Infragestellung multilateraler Abstimmungsprozesse durch die Trump-Regierung, zum anderen hat mittlerweile auch China die Bedeutung der internationalen Durchsetzung von eigenen Standards als zentrales Element wirtschaftlicher und politischer Einflussnahme entdeckt. Es gibt Stimmen, die die Standardsetzung als das zentrale Element des Projekts „Neue Seidenstraße“ erachten. [...]

Bei aller wirtschaftlichen Stärke ist Deutschland selbst zu klein, um diesem Druck standzuhalten. Der Rückhalt durch den EU-Binnenmarkt und das Agieren im europäischen Verbund sind Voraussetzungen dafür, dass bestehende Abhängigkeiten nicht allzu einseitig werden, also durch Interdependenzverhältnisse gemindert werden. Schließlich wird gerade der EU zugeschrieben, dass sie die eigentliche regulatorische Macht der Zukunft sein könnte. Ihre Erfahrung in diesem Bereich, ihre Fähigkeit, durch Abstimmungsprozesse mit 28 Mitgliedern regulatorische Harmonisierung herbeizuführen, prädestiniert sie geradezu, in diesem Feld eine Vorrangstellung einzunehmen. Deshalb müssen auch deutsche Anstrengungen, wirtschaftliche Stärke zu einer strategischen Währung in zwischenstaatlichen Beziehungen zu machen, in einen europäischen Kontext gestellt werden.

Dem ist jedoch ein Dilemma vorgeschaltet: Deutschlands wirtschaftliche Stärke resultierte in den vergangenen zehn Jahren gerade daraus, dass deutsche Politik darauf verzichtete, die Wirtschaft durch staatliche Vorgaben und Eingriffe zum Objekt beziehungsweise Instrument ihrer Außen- und Sicherheitspolitik zu machen. Freihandelsabkommen wurden primär aufgrund einer wirtschaftlichen Ratio vorangerieben; die Außenwirtschaftsförderung diente vorrangig privatwirtschaftlichen Zwecken, Unternehmen wurden nicht angehalten, in bestimmten Ländern zu investieren oder sich aus anderen zurückzuziehen. Die Frage ist also, ob Deutschland seine wirtschaftliche Stärke in geoökonomischen Strategien nutzen kann, ohne ebenjene Stärke zu unterminieren. Soll beispielsweise die Aushandlung von Freihandelsabkommen überwiegend einer politischen oder einer wirtschaftlichen Ratio folgen? Soll die Bundesregierung die Beteiligung von deutschen Unternehmen an der BRI politisch flankieren, um wirtschaftlichen Nutzen daraus zu ziehen, oder aufgrund geoökonomischer Überlegungen Strategien gegen eine wirtschaftliche Erschließung Eurasiens durch China vorantreiben?

Stefan Mair: Unternehmen Außenpolitik, in: Internationale Politik 2, (Heft 3/4) 2019, S. 39–45

Hinweis

Dr. Stefan Mair ist Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Deutschen Industrie.

Anmerkung

1 Die „Belt and Road Initiative“ bündelt seit 2013 die Interessen und Ziele der Volksrepublik China zum Auf- und Ausbau interkontinentaler Handels- und Infrastrukturnetze zwischen China und über 60 weiteren Ländern Afrikas, Europas und Asiens („Eurasien“). Sie wird auch als Initiative „Neue Seidenstraße“ bezeichnet.

Lösungsvorschlag

Unterrichtsinhalte:

- Q 3: Strukturwandel der Weltwirtschaft als Herausforderung ökonomischer Globalisierung, insbesondere Überblick über Entgrenzung und Verflechtung von Nationalökonomien hinsichtlich Außenhandel, Freihandelszonen und Binnenmärkten, Währungsräumen und Währungssystemen, Kapitalmärkten, Arbeit und damit verbundene Chancen und Risiken
- Q 2: Nachhaltiges Wachstum und fairer Wettbewerb – Herausforderungen wirtschaftlicher Ordnungspolitik, insbesondere Wettbewerbsfähigkeit von Staaten und Regionen im europäischen Binnenmarkt und Wettbewerbspolitik der europäischen Union.

1

TIPP Anforderungsbereich: I

Die Zusammenfassung leiten Sie ein, indem Sie die Quelle, den Autor und die Kernaussage vorstellen. Legen Sie in eigenen Worten und ohne Wertungen die wichtigsten Aussagen in strukturierter Form dar. Konjunktiv und analytische Wendungen („Der Autor untersucht/ fragt/ plädiert abschließend ...“) zeigen die erforderliche Distanz zum Text. Textbelege mit direkten Zitaten sollten Sie auf Schlüsselbegriffe beschränken.

Unter der Überschrift „Unternehmen Außenpolitik“ untersucht Stefan Mair in seinem in der Zeitschrift „Internationale Politik“ 2, Heft 3/4 2019 erschienenen Aufsatz die wachsende Bedeutung einer **geoökonomischen Machtpolitik** in den internationalen Beziehungen, die aus zwei Aspekten besteht; einerseits sollen politische Ziele mit wirtschaftlichen Instrumenten erreicht werden, andererseits wirtschaftliche Ziele mit politischen Instrumenten. Der Autor möchte mit seinem Artikel zur Klärung der außenpolitischen Strategie Deutschlands beitragen.

Quelle, Thema

Militärisches oder diplomatisches Vorgehen verliere gegenüber dem neuen Ansatz an Bedeutung (vgl. Z. 11 ff.). Mair sieht hierfür mehrere Gründe.

Fragestellung

Militärische Gewalt habe in den letzten Jahren deutlich an **Akzeptanz** in der **Bevölkerung verloren**, schon deren Androhung sei, vor allem in westlichen Demokratien, kaum mehr vermittelbar (vgl. Z. 12 ff.).

Geoökonomische
Machtfaktoren

Weiterhin ermögliche die **Globalisierung von Wertschöpfungsketten und Finanzströmen** den erfolgreichen Einsatz wirtschaftlicher Macht. Dies erhöhe einerseits die Verwundbarkeit eines Staates, z. B. durch Sanktionen (vgl. Z. 19 ff.), andererseits ließen sich Handelserleichterungen als Anreiz zur Kooperation nutzen (vgl. Z. 23 ff.).

Prozess der
Globalisierung

Außerdem verfolge die Großmacht **China** erfolgreich eine geoökonomische Strategie, indem sie durch **Rohstoffabkommen und Infrastrukturprojekte** der Seidenstraßeninitiative zahlreiche Staaten wirtschaftlich und politisch abhängig mache (vgl. Z. 27 ff.).

Schaffung von
Abhängigkeiten

Zusätzlich verändere sich die Bedeutung **strategischer Ressourcen**. Gegenüber ölproduzierenden Ländern seien auf erneuerbare Energien setzende Volkswirtschaften ebenso im Vorteil (vgl. Z. 36 ff.) wie China, weil es zunehmend die für neue Technologien benötigten seltenen Rohstoffe kontrolliere (vgl. Z. 41 ff.). Insbesondere komme es auf das **Innovationspotenzial bei Schlüsseltechnologien** an, das in europäischen Ländern wegen fehlender Investitionen und Fachkräftemangel bedroht sei (vgl. Z. 46 ff.). Zu befürchten sei ein daraus resultierender Verlust politischer und militärischer Macht, wobei Mair Gefahren wie drohende Abhängigkeit und Cyberangriffe benennt (vgl. Z. 49 ff.).

Strategische Ressourcen

Innovationen und Schlüsseltechnologien

Gefährdet sei außerdem die Macht der Industriestaaten, **Standards und Normen zu bestimmen**, da die USA sowie die EU auf die bisher erfolgreiche multilaterale Abstimmung verzichteten. China gewinne dadurch an Einfluss (vgl. Z. 58 ff.).

Standard und Normen

Am Ende seines Artikels fragt der Autor nach den **Konsequenzen für eine geoökonomisch ausgerichtete Außenpolitik** Deutschlands. Er plädiert dafür, das deutsche Wirtschaftspotenzial eingeordnet in den „europäischen Verbund“ (Z. 68 f.) zu nutzen und die „Vorrangstellung“ (Z. 74) der EU zu beachten (vgl. Z. 68 ff.). Nur so sei es möglich, dem internationalen Druck entgegenzuwirken. Deutschland verdanke nämlich seine wirtschaftliche Stärke dem Verzicht auf die Unterordnung der Wirtschaft unter die Außenpolitik (vgl. Z. 78 ff.).

Konsequenzen der neuen Geoökonomie

Abschließend stellt Mair die Frage, ob Deutschland im eurasischen Raum diesem ökonomischen Kalkül folgen oder Freihandelsabkommen bzw. Unternehmen im Sinne politischer Ziele beeinflussen soll, z. B. für oder gegen die chinesische BR-Initiative (vgl. Z. 88 ff.).

Geoökonomische Strategie

2

TIPP Anforderungsbereich: I und II mit Schwerpunkt auf AFB II

Diese Aufgabe thematisiert Probleme, die aufgrund der Globalisierung für die Beziehung der Staaten untereinander erwachsen. Sie sollen sachlich darlegen, inwieweit die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit und die Verwundbarkeit der Staaten zunehmen. Beginnen Sie Ihre Analyse mit einer Auswertung des Textes: Wie beantwortet er diese Fragen? Arbeiten Sie dann weitere Erkenntnisse ein. Durch Begriffsklärungen oder aktuelle Beispiele weisen Sie vertiefte Kenntnisse nach.

Der Prozess ökonomischer Globalisierung, d. h. „globale Wertschöpfungsketten“ und verdichtete „internationale Finanzströme“ (Z. 20 f.), ermöglicht in der Sicht des Autors für einige Staaten die Chance, ihre Macht zu vergrößern. Andere werden jedoch abhängiger und sind somit verwundbar.

Anknüpfen an denText

Globale Verflechtungen und Interdependenzen zeigen sich überdeutlich in der Folge der **Corona-Pandemie**, die aktuell zu einer globalen Rezession führt.

Corona-Pandemie

Vermeintlich effiziente Wertschöpfungs- und Lieferketten, z. B. die Produktion von Medikamenten oder medizinischen Rohstoffen in Schwellenländern wie China, haben zu einer großen Anfälligkeit geführt. In diesen Fällen wird für die Zukunft eine

Renationalisierung der Produktion gefordert, wobei jedoch **erhöhte Kosten** und Wohlfahrtsverluste zu befürchten sind.

Durch die Globalisierung verwundbar sind insbesondere **exportorientierte Volkswirtschaften**, die von der **globalen Konjunkturentwicklung** und von **Handelskonflikten** gebremst werden können. Auch Deutschland, dessen Außenhandelsquote, also der prozentuale Anteil des Warenexports und -imports am Bruttoinlandsprodukt, bei 70 Prozent liegt, gehört zu diesen Volkswirtschaften. An diesem Indikator erkennt man das Ausmaß der Handelsverflechtungen.

Abhängigkeit vom Außenhandel

Am Beispiel der **Automobilindustrie**, die die wichtigsten deutschen Exportgüter produziert, zeigt sich die Abhängigkeit von globalen Wertschöpfungsketten deutlich. Jeder Hersteller arbeitet mit mehreren Hundert Zulieferfirmen zusammen, die selbst wiederum zahlreiche Zulieferer haben, von denen sie abhängen.

Beispiel Autoindustrie

Ein weiteres Beispiel für die gestiegene Abhängigkeit ist die geökonomische Strategie Chinas, das seinen Einflussbereich auszuweiten versucht. Die stark wachsende Wirtschaftsmacht bietet Entwicklungs- und Schwellenländern, aber auch Ländern der EU, im Rahmen ihrer **Belt and Road Initiative**, die Asien, Afrika und Europa auf dem Land- und Seeweg enger verbinden soll, große Investitionen an. Dafür kann sie auf benötigte Rohstoffe zugreifen und Absatzmärkte gewinnen. In der Konsequenz dürfte auch Chinas politischer Einfluss steigen. 2019 schlossen sich zum Beispiel einige osteuropäische Länder sowie Italien der Seidenstraßen-Initiative an, ohne eine gemeinsame Haltung der EU abzuwarten. Sie hoffen auf Investitionen chinesischer Staatsunternehmen in ihre Infrastruktur (vgl. Z. 31 ff.).

Abhängigkeit von Investitionen

Der Autor weist auch darauf hin, dass die **Verfügung über strategische Rohstoffe** wie Seltene Erden die Wirtschaft und damit die Macht einiger Staaten begünstigt, während andere in Abhängigkeit geraten können (vgl. Z. 41 ff.). Die Produktion technologisch innovativer Güter ist davon abhängig. Ähnlich gelagert ist der **Gasstreit** zwischen Russland und der Ukraine bzw. Polen. Durch die Sperrung einer Pipeline nach Westeuropa wollte die **Ukraine** Russland unter Druck setzen, um den Preis für diesen Rohstoff zu beeinflussen. Das EU-Land **Polen** möchte seine Abhängigkeit von russischem Erdgas beenden und stattdessen norwegisches Gas importieren. Auch **Deutschland** ist von Rohstoffimporten abhängig, die seine starke Position als Hochtechnologieland auf dem Weltmarkt erst ermöglichen.

Ressourcen-abhängigkeit

In diesem Zusammenhang weist Mair auch auf die **Bedrohung** der **technologischen Wettbewerbsfähigkeit** hin (vgl. Z. 46 ff.). Exemplarisch dafür steht die aktuelle Auseinandersetzung um die Beteiligung des chinesischen Telekommunikations-Konzerns **Huawei** am Aufbau des 5G-Mobilfunknetzes in Deutschland. 5G soll dank extrem schneller Reaktionszeit eine Kommunikation praktisch in Echtzeit ermöglichen. Das gilt als wichtige Voraussetzung für die Steuerung von Industrieanlagen oder das autonome Fahren. Da aus den USA der Verdacht kommt, Huawei ermögliche Spionage-Angriffe chinesischer Geheimdienste, gerät Deutschland in einen Zielkonflikt mit möglicherweise negativen wirtschaftlichen Konsequenzen. Gibt die deutsche Regierung dem Druck der USA nach, Huawei vom Aufbau der Netze auszuschließen, muss sie mit Gegenaktionen Chinas rechnen. Um im Bereich schneller Netze Alternativen zu entwickeln, entstünden hohe Kosten.

Technologische Verwundbarkeit

Ein weiteres Beispiel für die Verwundbarkeit von Staaten liefern **Wirtschaftssanktionen**, auch wenn ihre Wirksamkeit oft begrenzt ist. Mit dem Einsatz dieses Machtmittels, z. B. gegen **Russland** oder den **Iran**, verfolgen die EU oder die USA politische Ziele. Nach der Annektierung der Halbinsel Krim 2014 beschloss die EU ein Embargo für den russischen Finanz-, Energie-, und Verteidigungssektor. Dadurch leidet für beide Handelspartner der Export in diesen Wirtschaftsbereichen. Und 2018 kündigten die USA das internationale Atomabkommen mit dem Iran auf, weil es aus Sicht der US-Regierung nicht weit genug geht. Seitdem versuchen die USA, die iranische Regierung mit Sanktionen in die Knie zu zwingen. Um das Land wirtschaftlich zu isolieren, können amerikanische, aber auch europäische Firmen, die Geschäfte mit dem Iran machen, Ziel dieser Sanktionen werden.

Wirtschafts-
sanktionen

Diese Aufgabe verlangt, Ziele und Instrumente der Wettbewerbspolitik in der EU darzulegen. Im Unterschied zu den anderen Aufgaben ist eine Bezugnahme auf den Text nicht verlangt. Achten Sie auf eine strukturierte Gedankenführung, sachlichen Stil und begriffliche Präzision.

Als die Europäische Kommission 2018 das Technologieunternehmen Google wegen wettbewerbswidrigen Verhaltens zu einer **Kartellbuße von mehreren Milliarden Euro** verurteilte, gerieten nicht nur marktbeherrschende Unternehmen in die Schlagzeilen. Die Öffentlichkeit wurde auch auf die Wettbewerbspolitik der EU aufmerksam. Google hatte mit seinem Suchprogramm in Kombination mit dem Betriebssystem Android auf dem europäischen Binnenmarkt und dem Weltmarkt eine beherrschende Stellung errungen und versucht, Mitbewerber aus dem Markt zu drängen.

Einleitung:
Beispiel Google

Dieses erfolgreiche **Kartellverbot** zeigte nun, dass auch unter den Bedingungen globaler Märkte ein gemeinsames europäisches Vorgehen zum Schutz des Wettbewerbs möglich und erfolgreich ist. Das Instrument **verbietet** generell **Praktiken** wie **Preisabsprachen** oder die **Aufteilung** von Märkten.

Instrument:
Kartellverbot

Außerdem sehen die europäischen Wettbewerbsregeln eine **Fusionskontrolle** vor, die z. B. die **Gefährdung des Wettbewerbs** bzw. **gravierende Nachteile** für **Verbraucher** durch Zusammenschlüsse von Unternehmen verhindern soll. Die Kommission prüft Zusammenschlüsse auch dann, wenn Unternehmen außerhalb der EU beteiligt sind.

Instrument:
Fusionskontrolle

Zur europäischen Wettbewerbspolitik gehört weiterhin die **Öffnung von Märkten für den Wettbewerb**. Statt staatlicher Behörden sollen **private Unternehmen** z. B. für Energie, Telekommunikation oder Post zuständig sein. Dadurch können die Verbraucher unter **verschiedenen Anbietern** und **Produkten** wählen und oft auch von **günstigeren Preisen** profitieren. Die EU-Wirtschaft wird wettbewerbsfähiger. Um die Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen zu sichern, kann der jeweilige Markt zusätzlich durch Gesetze reguliert werden.

Instrument:
Wettbewerbsförderung durch Privatisierung

Schließlich prüft die Kommission, ob durch **staatliche Subventionen** für Unternehmen oder ganze Wirtschaftszweige in einem Land **Vorteile gegenüber Wettbewerbern** in anderen EU-Ländern entstehen. Solche Beihilfen sind nur unter bestimmten Umständen erlaubt, z. B. in Krisen wie der Corona-Pandemie.

Instrument:
Subventionskontrolle

Abschließend geht es um die deutsche Außenpolitik. Im Anschluss an Thesen des Textes sollen Sie erörtern, ob Deutschland seine ökonomische Stärke intensiver für außenpolitische Ziele einsetzen sollte. Je nach dem Gang des Unterrichts und eigenen Kenntnissen können Sie Antworten auf diese allgemeine Frage an Themen erarbeiten, in denen Sie sich gut auskennen. Die genannten Beispiele „China“ und „Freihandelsabkommen“ erlauben es, auch auf sicherheits- und entwicklungspolitische Fragen einzugehen. Stützen Sie Ihre Pro- und Kontra-Argumente mit einleuchtenden Beispielen. Am Ende des Abwägens sollten Sie eine begründete eigene Position erreichen, die die Maßstäbe Ihres Urteils erkennen lässt.

Im Blick auf die deutsche Außenpolitik fragt Stefan Mair am Ende seines Aufsatzes nach dem Sinn des Einsatzes wirtschaftlicher Instrumente zugunsten außenpolitischer Ziele (vgl. Z. 85 ff.). Dies zu untersuchen ist sinnvoll, beruht doch das Gestaltungspotenzial der Mittelmacht Deutschland auf drei überwiegend „weichen“ Faktoren: ihrem freiheitlichen, demokratischen System, ihrer wirtschaftlichen Stärke sowie ihrer Wissenschaft und Kultur. Zu berücksichtigen ist, dass der Faktor Wirtschaftskraft zunächst nicht vom Staat, sondern von privaten Unternehmen abhängt.

Einleitung

Ich führe zunächst Argumente zugunsten einer Außenpolitik an, die bewusst das ökonomische Potenzial der deutschen Volkswirtschaft einsetzt.

Pro-Argumente

Da Deutschland **in der EU** die **stärkste Wirtschaftsmacht** darstellt, richten sich die Erwartungen der anderen Mitgliedsstaaten auf Initiativen der deutschen Regierung. Ein selbstbewusstes außenpolitisches Agieren Deutschlands, sei es allein oder in Verbindung mit Frankreich und anderen Partnern, entspricht der internationalen Normalität. Jede Nation verfolgt legitimerweise ihre eigenen Interessen und setzt dabei ihre Macht ein.

Verantwortung aufgrund wirtschaftlicher Stärke

Bei den Brexit-Verhandlungen z. B. wird sich Deutschland für eine Regelung einsetzen, die der Autoindustrie einen möglichst zollfreien Zugang zum britischen Markt ermöglicht. Großbritannien ist schließlich einer der wichtigsten Exportmärkte.

Sicherung von Exportmärkten

Die deutsche Wirtschaft sichert sich ihren Erfolg auf dem Weltmarkt durch den Export von Technologien, ist dabei aber von Rohstoffimporten abhängig. Eine sichere **Rohstoffversorgung** gehört daher zum Kern einer außenpolitischen Strategie, die – ähnlich wie China (vgl. Z. 43 ff.) – den geographischen Faktor berücksichtigt. Im eurasischen Raum kann für die Kooperation mit der aufstrebenden Großmacht, z. B. auch bei der Belt and Road Initiative, im Gegenzug Chinas Unterstützung für eine **multilateralen Weltordnung** verlangt werden.

Sicherung der Rohstoffversorgung

Wirtschaftliche Stärke lässt sich außerdem bei der Gestaltung von **Handelsverträgen** einsetzen. Sie können Menschenrechts- und Umweltschutzklauseln enthalten, die die Werte des Grundgesetzes und der EU schützen. Beispiele für entsprechende Anlässe finden sich in Entwicklungsländern wie

Menschenrechte und Umweltschutz

Bangladesch, wo sich in einsturzgefährdeten Textilfabriken, die für den Export produzieren, Katastrophen ereigneten. Im Kongo finanzieren sich bewaffnete Gruppierungen mit dem Handel von Rohstoffen, die später in Produkten „Made in Germany“ wiederzufinden sind.

Ein zweiter Grund für den Einsatz wirtschaftlicher Machtmittel liegt darin, dass er **im Vergleich mit militärischer Gewalt**, dem Kernfaktor von Hard Power, in der Regel **erfolgreicher** ist. Hinterließen nicht die US- und Nato-Interventionen in Afghanistan und im Nahen Osten eine zweifelhafte politische Bilanz und riesige Kosten? Der gleiche finanzielle Einsatz wäre im Bereich der Entwicklungspolitik und der Konfliktprävention effektiver.

Wirtschaftliche
Machtmittel vor
militärischer
Gewalt

Ein Schwerpunkt sollte, auch zur Bekämpfung von Migrationsursachen, die **Unterstützung Afrikas** bei Investitionen in seine Infrastruktur sein, in Straßen, Häfen und Elektrizitätsversorgung. Hier engagiert sich bisher vor allem China.

Bekämpfung von
Migrations-
ursachen

Mit den Mitteln der Außenwirtschaftspolitik, z. B. durch Hermesbürgschaften, die die Investitionen und Kredite deutscher Unternehmen absichern, sollten vor allem demokratische Staaten des Kontinents unterstützt werden. Deutschland hat bereits die Initiative zu einem „Marshallplan mit Afrika“ ergriffen, der private Investitionen vermittelt.

Überhaupt sind Mitglieder internationaler Organisationen wie der UNO, des IWF oder der WTO anstelle des Rechts des Stärkeren eher an Regeln interessiert, die **Kooperation und Fairness** verankern. Beispielsweise fehlt bei der Corona-Pandemie bislang eine koordinierte globale Antwort. Deutschland sollte diesen Weg nachhaltig unterstützen.

Internationale
Kooperation

Gegen eine deutsche Außenpolitik, die sich vor allem auf den Einsatz wirtschaftlicher Stärke stützt, sprechen in meinen Augen zwei gewichtige Argumente.

Kontra-Argu-
mente

Unternehmen in Deutschland lassen sich nicht einfach vor den Karren der Politik spannen, schon weil sie sich eher an **kurzfristigen wirtschaftlichen Zielen** als an langfristigen politischen Gestaltungsinteressen orientieren. Darin sieht Mair eine Ursache der wirtschaftlichen Stärke (vgl. Z. 78 ff.). Um Kosten zu sparen, werden lange und unsichere Lieferketten in Kauf genommen. Ein kritisches Beispiel für diese „wirtschaftliche Ratio“ (Z. 88) bietet die Unterversorgung mit medizinischen Gütern in der Corona-Krise.

Trennung von
Wirtschaft und
Politik

Deutschlands **wirtschaftliche Hegemonie** in Europa wirkt manchmal auch kontraproduktiv. Nach 2010 führte z. B. die Staatsschuldenkrise im Euroraum zum Europäischen Fiskalpakt, der Strafen für hochverschuldete Mitgliedsstaaten vorsieht. Unter deutschem Einfluss musste z. B. Griechenland seine Verschuldung mit einer harten Austeritätspolitik beantworten. Dies entfremdete etliche südeuropäische Staaten, deren Kritik bis zum Vorwurf reichte, Deutschland befinde sich auf dem Weg zum „Vierten Reich“. Ähnlich wirkt auf osteuropäische Nachbarn das deutsche Beharren auf der Nord Stream-Pipeline. Sie soll Erdgas aus Russland durch die Ostsee nach Deutschland leiten, wodurch die Pipelines durch Polen und die Ukraine gefährdet würden.

Spannungen in der EU

Insgesamt sprechen die Argumente aber für einen europäischen Strategiewechsel in der Außenpolitik hin zu einer geoökonomischen „Großmachtpolitik“ (vgl. Z. 1 ff.). Wie im Text befürwortet sollte sich die Mittelmacht Deutschland eindeutig für eine **gemeinsame Außenpolitik der EU** einsetzen, die auf einem Ausgleich der nationalen Interessen aller Mitgliedsstaaten beruht.

Fazit und eigenes Urteil

Angesichts globaler Probleme und wechselseitiger Abhängigkeiten hat die europäische Außenpolitik zugleich das Funktionieren **multilateraler Institutionen zu stärken**, um die fragile internationale Ordnung wieder zu festigen. Sie kann dabei auf langjährige interne Erfahrungen bei der Aushandlung **gemeinsamer Lösungen** zurückgreifen (vgl. Z. 72 ff.).

Nur so, nicht durch Nationalismus und Protektionismus, kann die EU und somit auch Deutschland angesichts der zunehmenden Rivalität der großen Ordnungsmächte USA und China eine **eigenständige Rolle** übernehmen. Gleichmaßen sind dabei die im Grundgesetz genannten Normen „Frieden“ und „Menschenrechte“ in konkrete Maßnahmen zu übersetzen, um zu praktizieren, wofür Europa steht – selbst wenn das bedeutet, dass europäischen Unternehmen bisweilen Exportaufträge entgehen.

DEMOKRATIE UND GLOBALISIERUNG

Aufgabenstellung

- 1 Fassen Sie die wesentlichen Aussagen des vorliegenden Textes zusammen. (Material) (20 BE)
- 2 Albrecht thematisiert einerseits eine „postfaktische, antidemokratische und verrohte Diskussionskultur“, andererseits aber auch den „Qualitätsjournalismus“. (Material) Stellen Sie vor diesem Hintergrund die Funktionen und Probleme klassischer und neuer politischer Massenmedien dar. (25 BE)
- 3 Albrecht erwähnt in seinem Text auch die „Demokratie im Mehrebenensystem internationaler Staatlichkeit“. Erläutern Sie wesentliche Strukturen des politischen Mehrebenensystems der Bundesrepublik Deutschland anhand der Gesetzgebung unter Einbeziehung der EU. (25 BE)
- 4 Bewerten Sie anhand ausgewählter Beispiele der ökonomischen Globalisierung, inwieweit „globale Herausforderungen und Verflechtungen“ (Material) eine Chance oder ein Risiko sind. (30 BE)

M Jan Philipp Albrecht: Die Demokratie im Handgemenge (2017)

Rutschen wir in ein postdemokratisches Zeitalter, in dem die Menschen sich zwar Demokratie wünschen, aber Unternehmen, Technokraten oder gar Algorithmen die Entscheidungen treffen? Geprägt hat den resignativen Begriff der „Postdemokratie“ der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch. Für Crouch ist Politik nur noch die Vorderbühne von Marktprozessen. Abgeordnete und gar Minister und Regierungschefs hätten weder die Zeit, sich durch hundertseitige, hochkomplexe Akten und Vertragswerke zu lesen, noch die Expertise, um sie sachkundig zu beurteilen. Sie verfügen laut Crouch auch nicht über ausreichend Personal, um der geballten Macht hochspezialisierter Anwalts- und Beraterstäbe aus der Wirtschaft Paroli zu bieten. Gesetze, sagt Crouch, würden heute von Kanzleien im Auftrag von Konzernen gemacht und von Politikern hilflos abgenickt. Gerade angesichts der undurchsichtigen und schnelllebigen Prozesse der Globalisierung und Digitalisierung stünden unsere gewählten Vertreter auf verlorenem Posten.

Die immer wieder ans Tageslicht tretende Einflussnahme auf die Politik, bis hin zur Korruption, und die immer größere Entfernung der Entscheidungsprozesse von der

Bevölkerung verstärken den Eindruck einer entkernten Demokratie, die scheinbar nur noch eine Fassade für die Öffentlichkeit ist.

Dieses Bild hat sich bei vielen Menschen breitgemacht. Immer mehr Menschen glauben nicht mehr daran, dass Wahlen etwas ändern und Politiker wirklich Einfluss auf die Geschehnisse in der Welt haben – zumindest nicht diejenigen, die derzeit in den Parlamenten und Regierungen sitzen. Deshalb geben auch immer mehr Menschen Populisten ihre Stimme, die ihnen versprechen, dass mit ihnen alles anders würde und sie die Komplexität, die Kompromisse und die politische Korrektheit durch einfache Einordnungen, knallharte Entscheidungen und eine neue Ehrlichkeit ersetzen würden. [...]

Die Verachtung für die politischen Eliten ist so groß geworden, dass sich eine postfaktische, antidemokratische und verrohte Diskussionskultur Bahn bricht, die mit aller Macht versucht, die Realitäten globaler Herausforderungen und Verflechtungen zu leugnen und zurück in eine autokratische Regierungsform strebt. [...]

Es gibt jedoch keinen Grund, das gewachsene Modell demokratischer Entscheidungsprozesse, wie wir sie kennen, auf die Müllhalde der Geschichte zu verbannen und uns der Autokratie, der Technokratie oder gar der Algorithmmokratie¹ zu ergeben. [...]

Komplexität und Globalität sind nicht unregierbar, aber wir brauchen eine Neudefinition demokratischer Prozesse sowie grenzübergreifende Kompromissfindung und Rechtsdurchsetzung. Nötig ist die Erkenntnis, dass wir uns von den althergebrachten nationalen Denkmustern demokratischer Herrschaft lösen und parallel zu den nationalen einen überstaatlichen Demos² entwickeln müssen. „Demokratie im Mehrebenensystem internationaler Staatlichkeit“ – so lautete dereinst ein Seminar, das ich in meinem Studium belegen durfte. Damals war es graue Theorie. Heute müssen wir es durch starke politische Repräsentanten mit Leben füllen. Selbst wenn es kompliziert und zunächst unattraktiv wirkt.

Dass Politik nicht machtlos ist, habe ich als Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments für die Reform des europäischen Datenschutzrechts erlebt. Dort habe ich den Druck und die Macht großer Internetkonzerne am eigenen Leib zu spüren bekommen. [...]

Angesichts des enormen Lobbydrucks, der komplexen und oft technischen Fragestellungen der Datenschutzreform, knapper Vorbereitungszeit für wichtige Entscheidungen und der Flut an Terminen ist es für viele Politiker schwierig, den Überblick zu behalten. In diesen Momenten droht die Politik zur Marionette der Wirtschaft zu werden. Aber entgegen der landläufigen Wahrnehmung und wiederholt schlechten Erfahrungen ist dies bei Weitem nicht unmöglich. Es ist mühsam und erfordert viel Rückgrat und Initiative, aber es ist möglich: So ist es dem Europäischen Parlament gelungen, trotz eines überwältigenden Einflusses großer Internetkonzerne und trotz eines im Vergleich zum technischen Fortschritt erschreckend langsamen politischen Prozesses mit der Datenschutz-Grundverordnung die Grundlage für ein selbstbestimmtes digitales Leben der Verbraucher zu legen. Das Gesetz gilt von 2018 an für alle Unternehmen, die auf dem europäischen Markt Geschäfte machen. Wer sich nicht an die Regeln hält, dem drohen Milliardenstrafen – eine Ansage, die in dieser selbstbewussten Form durch kein einziges EU-Land formuliert worden wäre.

Die Internetkonzerne nehmen diese scharfe und wirksame EU-weite Regulierung jetzt schon ernst, viele haben beschlossen, diese Regelungen der Europäischen Union künftig weltweit zum Standard zu machen. Statt zum „digitalen Entwicklungsland“ zu werden, wie Angela Merkel selbst noch während des Prozesses warnte, wird der EU-Markt globale Standards setzen und Vorreiter bei datenschutzfreundlichen Technologien sein. Statt das Heft des Handelns entweder in die Hände von Wirtschaftsvertretern, emotionslosen Technokraten oder laut brüllenden Autokraten zu legen, sollten wir wieder am Ideal eines glaubwürdigen und selbstbewussten Parlaments als Zentrum der Macht und Ort der Kompromissfindung arbeiten. Dazu gehört, Interessengruppen zuzuhören, aber sich nicht von ihnen abhängig zu machen, und dazu gehören Respekt und eine gute Ausstattung für die Arbeit politischer Repräsentanten.

Als ich vor acht Jahren als Abgeordneter ins Europäische Parlament gewählt wurde, war mein wichtigstes Anliegen neben dem Einsatz für Grund- und Verbraucherrechte die Stärkung der Demokratie in der Europäischen Union. Wie fast alle war ich davon überzeugt, dass die EU ein großes Defizit hat. Heute weiß ich, dass wir die Fortschritte, die wir bereits gemacht haben, massiv unterschätzen. Es mag provokant klingen, aber aus meiner Sicht ist die EU schon heute demokratischer als manche ihrer Mitgliedstaaten.

Gelingt es uns, die parlamentarische Demokratie durch ihre jetzige Krise zu bringen, wird am Ende ein neues Modell internationaler demokratischer Prozesse stehen. Die gescholtene Europäische Union stellt das wichtigste Experiment und eine große Chance für den Erhalt der Demokratie dar. Wir müssen uns dafür darauf einlassen, dass europäische Parteien und deren Programmatik und Personal mehr Einfluss im alltäglichen politischen Geschäft bekommen. Wir sollten Qualitätsjournalismus deutlich stärker fördern und einfordern, dass dieser die komplexen Zusammenhänge überstaatlicher Demokratie erklärt und ausleuchtet. Und wir sollten den Menschen auch unbequeme Wahrheiten über den Zustand unserer Handlungsfähigkeit in einer globalisierten Welt zumuten.

*Jan Philipp Albrecht, Demokratie im Handgemenge, FAZ vom 05. 07. 2017,
<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/jan-philipp-albrecht-ueber-demokratie-in-der-eu-15080046.html>*

Hinweis

Jan Philipp Albrecht ist ein deutsch-französischer Politiker, der von 2009 bis 2018 für die deutsche Partei Bündnis 90/Die Grünen dem Europäischen Parlament angehörte. Seit dem 01. 08. 2018 ist er Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein.

Anmerkung

- 1 Gemeint ist die Herrschaft der Algorithmen. Der Autor bezieht sich darauf, dass die Algorithmen in sozialen Netzwerken oder von Suchmaschinen die Informationen, die der Nutzer bekommt, filtern und die Nutzer somit beeinflusst werden.
- 2 *dēmos* (griechisch) – Demokratie, Gebiet und Volksgemeinde eines altgriechischen Stadtstaates

Unterrichtsinhalte:

- Q 1: Verfassung und Verfassungswirklichkeit: Rechtsstaatlichkeit und Verfassungskonflikte, insbesondere: Parlament, Länderkammer, Bundesregierung und Europäische Institutionen im Gesetzgebungsprozess (insbesondere Spannungsverhältnis Exekutive – Legislative) und Öffentlichkeit im Wandel – Zivilgesellschaft und Medien im politischen Prozess (insbesondere Aufgaben, Funktionen und Probleme klassischer politischer Massenmedien und Chancen und Risiken neuer politischer Kommunikationsformen im Internet)
- Q 3: Strukturwandel der Weltwirtschaft als Herausforderung ökonomischer Globalisierung, insbesondere Überblick über Entgrenzung und Verflechtung von Nationalökonomien hinsichtlich Außenhandel, Freihandelszonen und Binnenmärkten, Währungsräumen und Währungssystemen, Kapitalmärkten, Arbeit und damit verbundene Chancen und Risiken

1

TIPP Anforderungsbereich: I

In der geforderten Zusammenfassung benennen Sie einleitend Autor, Titel, Textsorte sowie Thema und Veröffentlichungsdatum des Textes. Anschließend fassen Sie die Argumentation mit eigenen Worten und strukturiert zusammen. Die Hauptthese des Textes stellen Sie an den Anfang. Bei der unkommentierten Wiedergabe seiner Kernaussagen können Sie wichtige Begriffe und Wendungen wörtlich zitieren, um sie herauszuheben.

Der GRÜNEN-Politiker Jan Philipp Albrecht setzt sich in einem Kommentar, Quelle, Thema der am 05. 07. 2017 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienen ist, mit **Gefahren für die Demokratie** in Deutschland und in der Europäischen Union auseinander. Er wehrt sich dabei jedoch gegen Behauptungen, die Europäische Union sei postdemokratisch und plädiert für eine weitere **Stärkung der europäischen Demokratie**.

Dazu greift Albrecht zunächst den Eindruck eines „**postdemokratische[n] Zeitalter[s]**“ (Z. 1) auf, das der Politikwissenschaftler Colin Crouch als Überwältigung der Politik durch „Marktprozess[e]“ (Z. 5) charakterisiere. Crouch argumentiere, es drohe eine „entkernt[e] Demokratie“ (Z. 16), in der die Entscheidungen fernab von den Bürgern und statt von gewählten Politikern durch „Unternehmen, Technokraten oder gar Algorithmen“ getroffen würden (Z. 2). Außerdem kämen übermächtige wie „undurchsichtige Prozesse der **Globalisierung** und **Digitalisierung**“ (vgl. Z. 11 f.) hinzu. Gefährdung der Demokratie

Dieses Denken habe sich, so Albrecht, bei zahlreichen Menschen durchgesetzt, was auch den Wahlerfolg von **Populisten**, die einer komplexen Welt mit einfachen Lösungen begegneten, ermögliche (vgl. Z. 21 ff.). Diese verachteten jedoch die politischen Eliten und förderten eine „postfaktische, antidemokratische und Erfolge des Populismus

verrohte Diskussionskultur“ (Z. 26 f.), die Realitäten verleugne und eine autokratische Ordnung begünstige.

Im zweiten Teil seines Aufsatzes stellt Albrecht dieser Krisendiagnose seine These gegenüber, dass die bestehende demokratische Ordnung verteidigt, allerdings von „nationalen Denkmustern“ (Z. 37) befreit und als „**Demokratie im Mehrebenensystem**“ verstanden werden müsse, die neben dem nationalen auf einem „überstaatlichen“ Volk beruht (vgl. Z. 38). Gegenthese

Der Autor nutzt dabei seine Erfahrung als Mitglied des Europäischen Parlaments (EP), wo er die erfolgreiche **Reform des Datenschutzes** begleitet habe (vgl. Z. 43 ff.). Dieses **Beispiel** zeige, dass die Interessen mächtiger Internetkonzerne gebändigt werden könnten. Den Einfluss von Lobbyisten und Technokraten könne ein selbstbewusstes und kompromissfähiges Parlament brechen (vgl. Z. 61 ff.). So erweise sich das EP inzwischen als „Zentrum der Macht“ (Z. 68 f.). Frühere Demokratiedefizite der EU seien inzwischen überwunden (vgl. Z. 75 ff.), die EU sogar demokratischer als mancher Mitgliedstaat (vgl. Z. 77 ff.). Beleg am Beispiel der Reform des Datenschutzes

In seinem Resümee unterstreicht Albrecht, dass die aktuelle Krise der parlamentarischen Demokratie durch die EU im Sinne eines „**neue[n] Modell[s] internationaler demokratischer Prozesse**“ (Z. 80) überwunden werden könne. In der EU sieht er das „wichtigste Experiment und eine große Chance für den Erhalt der Demokratie“ (vgl. Z. 82 ff.). Dazu gehörten aber auch einflussreiche europäische Parteien (vgl. Z. 84 ff.), ein Qualitätsjournalismus sowie das Aussprechen „unbequemer Wahrheiten“ (Z. 86 f.). Fazit

2 **TIPP** Anforderungsbereich: I und II mit Schwerpunkt auf AFB II

Diese Aufgabe knüpft an das Unterrichtsthema „Öffentlichkeit im Wandel“ (Q 1.4) an. Sie verlangt eine Erläuterung der aktuellen Medienlandschaft aus klassischen und neuen Massenmedien. Ihre Leitfrage sollte sich auf die Bedeutung der beiden Medienarten für den demokratischen Prozess richten. Beachten Sie: Es geht nicht um Unterhaltungsmedien. Die Lösung dieser Aufgabe gelingt am besten, wenn Sie erkennbar Schwerpunkte auswählen, diese vertieft behandeln und mit Beispielen veranschaulichen.

Das Grundrecht des Art. 5 GG gewährleistet die Meinungs- und Pressefreiheit, die Medien werden gegen staatliche Eingriffe geschützt. Denn ohne eine wahrheitsgemäße Informationsvermittlung auf der Basis vielfältiger Quellen kann sich Demokratie, die auf der rationalen Meinungsbildung ihrer Bürger beruht, nicht entfalten. Der Einleitung

Beitrag der klassischen Massenmedien Presse, Radio und Fernsehen sowie der internetbasierten neuen Medien lässt sich in **vier Aufgaben** zusammenfassen. Funktion der Massenmedien
Zunächst einmal **informieren** sie sachlich über politische und ökonomische Entwicklungen. Außerdem unterstützen sie die **Urteilsbildung** der Bürger, indem sie das Geschehen analysieren und kommentieren. Durch **Kritik und Kontrolle** der Mandatsträger machen sie auf Probleme im politischen Prozess aufmerksam. Ohne

diese Wächterfunktion blieben der Öffentlichkeit viele Missstände verborgen. Schließlich bieten die Massenmedien den Bürgern auch die Möglichkeit, ihre **Interessen und Forderungen in die Öffentlichkeit** zu bringen.

Die schnelle Weiterentwicklung der Massenmedien durch Online-Portale und soziale Netzwerke hat zu neuen Nachrichtenquellen und einem ungehinderten, oft kostenfreien **Zugang zu Informationen** geführt. Nahezu in Echtzeit können die Bürger auf Informationen aus allen Teilen der Welt zugreifen. Stärker als die klassischen Massenmedien ermöglicht das Internet durch Diskussionsforen, Blogs und soziale Netzwerke gleichzeitig den **interaktiven Austausch**, eine wesentliche Voraussetzung für demokratische Partizipation im Sinne der genannten vierten Funktion.

Neue Entwicklungen

Sowohl bei klassischen als auch bei den neuen Medien sind jedoch einige Probleme zu erkennen.

So wirken alte Gefahren von Massenmedien weiter. Das klassische Leitmedium Fernsehen oder der Boulevardjournalismus beeinflussen durch eine **dramatisierende Berichterstattung**, oft mit dem Schwerpunkt auf negativen Nachrichten, oder durch **Personalisierung** und Polarisierung die Willensbildung und Entscheidungsfindung von Politikern und Bürgern. **Infotainment**, die Vermischung von informierenden und unterhaltenden Formaten, nimmt zu.

Klassische Probleme der Medien

Dabei stehen oft **wirtschaftliche Interessen** im Vordergrund, bei privaten Anbietern mehr als bei öffentlich-rechtlichen. Auf geringe Quoten, zu wenige Klicks oder Auflagen- und Werbeeinbußen reagieren diese Medien mit Einsparungen im redaktionellen Bereich, der für die Erfüllung der anfangs genannten politischen Aufgaben wichtig ist. Auch die Sendezeit für Nachrichten ist viel geringer. Der private Rundfunk- und Fernsehmarkt wird von wenigen Medienkonzernen beherrscht, die in der Regel auch im Online-Bereich aktiv sind. Außerdem wächst die Zahl der Regionen, in denen nur noch eine Zeitung informiert. Damit wird die bedrohte Lage des „Qualitätsjournalismus“ (Z. 84) deutlich.

Wirtschaftliche Interessen und Probleme

Dennoch verringern in Deutschland institutionelle und rechtliche Rahmenvorgaben die Gefahren zumindest für die klassischen Massenmedien. Diese beruhen auf der **Konkurrenz von öffentlich-rechtlichen und privaten Anbietern** sowie auf der kartellrechtlichen Kontrolle der Medienkonzentration, die die Pluralität des Meinungsangebots sicherstellen.

Sicherung der Pluralität durch Rahmenvorgaben

Bedeutende **Risiken** sind eindeutig aufseiten der neuen Massenmedien zu erkennen. Unternehmen wie Facebook und Twitter verbreiten die Inhalte anderer, wodurch Fehlinformationen (**fake news**) erleichtert werden, weil eine eigene redaktionelle Kontrolle der Nachrichtenquellen meist fehlt. Anders als im Qualitätsjournalismus sind in den sozialen Netzwerken vertiefte, unabhängige Recherchen selten. So steuern diese die Art, wie Menschen Informationen verarbeiten und damit deren soziales Verhalten.

Risiken der neuen Medien – fake news

Neben sozialen Netzwerken begünstigen Suchmaschinen wie Google oder das Videoportal YouTube durch **Algorithmen**, die auf Vorlieben der Nutzer beruhen, die Bildung von „Filterblasen“ oder „Echokammern“. Es kommt zu einer personalisierten Auswahl von Nachrichten und Meinungen, die das eigene Weltbild bestätigen. Ein Beispiel hierfür ist die Diskussion über Schutzimpfungen

Demokratiegefährdung durch Echokammern

gegen Kinderkrankheiten. Wer durch Klicks ein Urteil erkennen lässt, bekommt fast nur noch entsprechendes Material empfohlen. Wenn andere Meinungen und Ideen nicht mehr wahrgenommen werden, gerät jedoch der kontroverse Austausch in Gefahr. Dadurch können problematische Merkmale von Medien demokratiegefährdend auf das politische System übergreifen.

Ein weiteres Problem ist, wenn die Massenmedien egal welcher Form die politische **Agenda bestimmen** und den öffentlichen Diskurs verzerren. Eine Medienkampagne führte 2012 zum Rücktritt des Bundespräsidenten Wulff, obwohl er vor Gericht vom Korruptionsvorwurf freigesprochen wurde. 2016 hatten im US-Wahlkampf und beim englischen Brexit-Referendum Computerprogramme massenhaft politische Botschaften in den sozialen Netzwerken erzeugt. Offenbar aus Russland stammende, aber schwer zu enttarnende Meinungsroboter simulierten menschliche Anhänger von Ideen und Kandidaten. Der Zugriff auf die Daten von Milliarden Nutzern weltweit verschafft den Internetkonzernen **politische Macht**, die mit demokratischen Spielregeln nicht vereinbar ist (vgl. Z. 44 ff.). In Deutschland war die Flüchtlingskrise seit 2015 der Auslöser für ähnliche Fehlentwicklungen, die Albrechts Charakterisierung der Diskussionskultur (Z. 26 f.) bestätigen. Hass gegen Migranten, Flüchtlinge, „korrupte Politiker“ und Angst vor Verschwörungen, z. B. der Vorwurf einer geplanten „Umvolkung“ oder „Islamisierung“, fanden aufgrund der Anonymität im Netz leichte Verbreitung.

Agenda-Setting
an Beispielen

Dennoch bieten die neuen Medien auch **Chancen für den Qualitätsjournalismus**, da auch seriöse Zeitungen ihre Artikel in sozialen Medien teilen und damit eine Zielgruppe erreichen, die sie auf klassischem Weg nicht mehr erreichen würden.

Soziale Medien
als Chance für
Qualitätsjournalismus

In dieser Aufgabe geht es im Kern um das Zusammenwirken der „Ebenen“ Bund, Länder, Kommunen und EU bei der Gesetzgebung. Sie sollen die hierfür wichtigen Strukturen und das Zusammenwirken der Organe erklären. Dabei können Sie sicher auf ein Unterrichtsbeispiel oder auf Kenntnisse aus der aktuellen Zeitungslektüre zurückgreifen. Benennen Sie die wichtigsten GG-Bestimmungen und die Vorgaben der EU.

Im Folgenden möchte ich an einem Beispiel aus dem Bereich der Abfallwirtschaft zeigen, wie die **verschiedenen Ebenen** und **Organe** der **Legislative in Deutschland und in der EU** zusammenwirken. Gesetze, Vorschriften und Verordnungen entstehen im Rahmen der vom GG vorgegebenen Ordnung auf den vier Ebenen der **Gemeinde**, des **Landes**, des **Bundes** und der **EU**. Nach Art. 20 GG ist Deutschland ein Bundesstaat. Den Gemeinden kommen laut Art. 28 GG Selbstverwaltungsrechte zu. Die Einbindung Deutschlands in die EU wird durch Art. 23 GG ermöglicht, der es erlaubt, Hoheitsrechte auf die EU zu übertragen. Zu beachten ist stets das **Subsidiaritätsprinzip**, nach dem eine staatliche Aufgabe soweit wie möglich von der unteren Ebene bzw. kleineren Einheit wahrgenommen werden soll.

Klärung des Vorgehens

Normative Vorgaben

Wie die anderen Mitgliedsstaaten hat Deutschland in einem der EU-Verträge die Regelung der **Abfallwirtschaft** im Rahmen des Umweltschutzes zum Teil an die Organe der Europäischen Union übertragen. Deshalb konnten das **Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union** (Ministerrat) auf den Vorschlag der **Kommission** Richtlinien und Verordnungen (die beiden Arten von EU-Gesetzen) in diesem Bereich erlassen. Gesetzgebung in der EU ist nämlich Aufgabe des „institutionellen Dreiecks“ aus Kommission, Parlament und Ministerrat, wobei in letzterem die regierenden Fach-Minister der Mitgliedstaaten das Sagen haben. Für die meisten Politikbereiche gilt das ordentliche Gesetzgebungsverfahren (Mitentscheidungsverfahren), nach dem Parlament und Rat gemeinsam die Gesetze erlassen. Die Vorschläge entwirft in der Regel die Kommission. Rat und Parlament können die Kommission auch zu solchen Initiativen auffordern. 2008 kam auf diese Weise die **EU-Abfallrahmenrichtlinie** zustande.

Grundlagen für EU-Gesetz

Richtlinien binden die Mitgliedstaaten, nicht jedoch deren Bürger. Sie sind daher in nationales Recht umzusetzen, was der **Deutsche Bundestag** 2012 durch das Kreislaufwirtschaftsgesetz auf der Grundlage der Abfallrahmenrichtlinie tat.

EU-Rahmenrichtlinien
Gesetz des Bundestags

Nationale Gesetze können aber nicht nur als Folge von EU-Richtlinien oder -Verordnungen entstehen, auch zahlreiche Akteure in Deutschland, nämlich Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat, haben ein sogenanntes Initiativrecht.

Wie stark der Bundesrat als Organ der Länderregierungen „mitregiert“, hängt davon ab, ob es sich um ein **Zustimmungs- oder Einspruchsgesetz** handelt.

Rolle des Bundesrats

Zustimmungsbedürftig sind Gesetze, die die Interessen der Länder berühren oder die Verfassung ändern. Das GG führt sie in den Artikeln 79 Abs. 2 GG, 104 a Abs. 4 GG

und 105 Abs. 3 GG auf. Diesen muss der Bundesrat ausdrücklich zustimmen. Bei allen anderen Gesetzen kann der Bundesrat nach einem Vermittlungsverfahren Einspruch erheben, der jedoch vom Bundestag überstimmt werden kann. Im **Vermittlungsausschuss** sind beide Häuser gleich stark vertreten. Seine Einigungsvorschläge müssen von Bundestag und Bundesrat gebilligt werden. So konnte das zustimmungspflichtige Kreislaufwirtschaftsgesetz erst nach einem solchen Vermittlungsverfahren beschlossen werden.

Die Abfallwirtschaft gehört zur **konkurrierenden Gesetzgebung** (Art. 74 Abs. 1 Nr. 24 GG). Dies bedeutet, dass die Bundesländer die Befugnis zur Gesetzgebung nur so lange haben, wie es kein Gesetz auf Bundesebene gibt (Art. 72 Abs. 1 GG). Die **Bundesländer** können – wie in diesem Fall dann auch geschehen – zum Bundesgesetz ein Ausführungsgesetz beschließen. Hessen hat so 2013 die Zuständigkeiten einzelner Landesbehörden und Bußgeldvorschriften detailliert geregelt. Wie in **Städten und Kreisen** die privaten Haushalte die Abfälle sammeln, welche Gebühren anfallen und welche Vorschriften sie z. B. im Hinblick auf gefährliche Abfälle zu beachten haben, wird schließlich in den kommunalen Abfallsatzungen geregelt. Das fällt aufgrund der kommunalen Selbstverwaltungsrechte in ihre Kompetenz.

Hessisches Ausführungsgesetz

Kommunale Satzung

4

TIPP Anforderungsbereich: III

Der letzte Auftrag soll Sie anregen, eigene Argumente und Beispiele zu Chancen und Risiken der Globalisierung zusammenzustellen, also die allgemeinen Aussagen des Textes zu konkretisieren. Für die geforderte Bewertung wägen Sie zuvor jeweils Pro und Kontra ab. Fassen Sie Ihre eigene Position am Ende zusammen.

Die Erreichbarkeit von Menschen, Ideen, Waren und Finanzen nimmt weltweit immer mehr zu. Insbesondere die **neuen Informationstechnologien** haben den Prozess der Globalisierung beschleunigt. Vielfach wird heute ein Gut – oder ein Problem – nicht mehr an einem Ort produziert und dann grenzüberschreitend exportiert, die Produktion ist oft selbst schon ortsungebunden. Dies wird dadurch erleichtert, dass sich die Kluft zwischen ökonomisch entwickelten und sich entwickelnden Staaten beim Zugang zum Internet und anderen Kommunikationsmedien wie Mobilfunk zunehmend verkleinert.

Einleitung

Der Autor thematisiert in diesem Zusammenhang angebliche „undurchsichtig[e] und schnelllebig[e] Prozesse“ (Z. 11 f.), einen „überwältigenden Einfluss[] großer Internetkonzerne (Z. 54) und die Gefahr einer ohnmächtigen, „entkernten Demokratie“ (Z. 16 ff.). Lässt sich diese überwiegend negative Darstellung von Risiken der Globalisierung belegen, oder bieten „globale Herausforderungen und Verflechtungen“ auch Chancen?

Klärung der Fragestellung

Die ökonomische Globalisierung wird auf der Basis internationaler **Arbeitsteilung** durch **komparative Kostenvorteile** der beteiligten Volkswirtschaften, aber auch durch **verringerte Transportkosten und den Abbau**

Freihandelsabkommen

von Zöllen und anderen Handelserschwernissen angetrieben. Aktuelle Beispiele dafür sind neue Handelsverträge mit Kanada (CETA) und Japan (JEFTA), die die EU abgeschlossen hat. Dadurch sinken die Preise für die Verbraucher und die Auswahl an verschiedenen Produkten nimmt zu. Risiken sind dabei jedoch, dass in den Verträgen private Schiedsgerichte mit aufgenommen werden, die es Konzernen ermöglichen, gegen demokratisch legitimierte politische Entscheidungen zu klagen. Weiterhin besteht auch die Gefahr, dass errungene Sozial- und Ökostandards aufgeweicht werden.

Die **Welthandelsorganisation WTO** fördert den Freihandel und schlichtet Konflikte. Industrielle und landwirtschaftliche Anbieter finden dadurch leichteren **Zugang zu neuen Absatzmärkten**. Dies begünstigt nicht nur in den Industrieländern Wachstum. 2015 war weltweit **kaum jeder Zehnte von extremer Armut betroffen** – rund 700 Millionen Menschen. Früher lag die Zahl um ein Vielfaches höher. Andererseits sind auch hier einige Risiken anzumerken. Durch große Milch- und Hühnerfleischexporte aus der EU in die afrikanischen Staaten wird die dortige Landwirtschaft zerstört. Dies führt dazu, dass immer mehr Menschen ihre Lebensgrundlage auf dem Land verlieren und entweder in die Großstädte ziehen (Urbanisierung) oder gleich versuchen nach Europa zu migrieren.

WTO und Auswirkungen des Freihandels

Auch **Multinationale Unternehmen (MNU)**, die sogenannten Multis, haben die Globalisierung vorangetrieben. Sie verfügen über große technische und finanzielle Ressourcen, ihr Anteil am Welthandel ist hoch, konzentriert sich aber auf Direktinvestitionen in Industrie- und einigen Schwellenländern. Am Beispiel der Unternehmen Apple, Amazon, Google und Facebook wird deutlich: Durch ihre hohe Mobilität können sie von Steuervorteilen einzelner Standorte profitieren. In Europa schwankt der Unternehmenssteuersatz zwischen den verschiedenen Staaten deutlich, sodass z. B. US-Firmen das für sie günstigste Land wählen und so nur sehr geringe Steuern zahlen müssen.

Multinationale Unternehmen und Steuervermeidung

Die Globalisierung produziert also nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer. Den **Vorteilen** für Verbraucher wie niedrige Preise oder eine wachsende Angebotsvielfalt stehen **Nachteile** wie dürftige Sozialstandards in Niedriglohnländern, Arbeitsplatzverluste durch Produktionsverlagerungen und undemokratische Schiedsgerichte gegenüber. Außerdem sinken die Löhne der geringer qualifizierten Arbeitskräfte.

Vor- und Nachteile des Freihandels

Eine weitere Herausforderung ist die **Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs**. Die globale Finanzwirtschaft ist enorm angewachsen und hat die Versorgung innovativer Unternehmen mit Kapital erleichtert, zugleich nimmt aber auch die Anfälligkeit für Schwankungen und Fehlinvestitionen zu. Das zeigte sich im Platzen der Dotcom-Blase im Jahr 2000, als die Technologiewerte an den Börsen in den Keller rauschten, und in der **Weltfinanzkrise** 2008, die von einer Immobilienblase in den USA ausging. Die Banken waren bei Immobilienkrediten erhebliche Risiken eingegangen. Durch den vermehrten Einsatz von Fremdkapital wollten sie einen höheren Gewinn erzielen. Deutschland, die USA und viele andere Industrieländer rutschten in die größte Rezession nach dem Zweiten Weltkrieg. Aus ihr entwickelte sich eine europäische Währungs- und damit eine Staatsschuldenkrise, in deren

Fehlinvestitionen und Krisen

Folge z. B. Griechenland nur durch die Hilfe der EU vor dem Bankrott bewahrt werden konnte.

Um nachteiligen Folgen der Liberalisierung des Handels zu begegnen, wachsen in den USA inzwischen **protektionistische Tendenzen**. Unter der Parole „**America First**“ hat Präsident Trump mit China und der EU einen Handelsstreit begonnen und den Freihandelsvertrag mit Mexiko und Kanada (NAFTA) neu ausgehandelt. Nun müssen Autos z. B. zu 75 Prozent in einem der drei Länder gebaut sein, damit sie zollfrei über die Grenze können. Mexiko muss Löhne, soziale Standards und Umweltschutzregeln anheben. Das macht US-amerikanische Unternehmen konkurrenzfähiger. Und Kanada öffnet seine Grenzen für Milch und andere landwirtschaftliche Produkte aus dem Süden.

Neuer Protektionismus

Obwohl durch die internationale wirtschaftliche Verflechtung wie auch durch Global Governance – die multilaterale Gestaltung der Globalisierung – politische Grenzen an Bedeutung verlieren, bleibt der einzelne Staat nach wie vor Adressat der Erwartungen seiner Bürger. Dies zeigte sich in Europa an der **populistischen Gegenreaktion auf die Migrationswelle** 2015, als Befürchtungen vor einer Bedrohung des Sozialstaats laut wurden. Flüchtlinge und Migranten aus den Kriegsgebieten des Nahen Ostens, aber auch aus Osteuropa stellten die Sozialsysteme vor neue Herausforderungen. Globalisierung wirkt sich also auf die Innenpolitik aus, was ein Regierungsmitglied mit den Worten bestätigte: Die Zuwanderung sei ein „Rendezvous unserer Gesellschaft mit der Globalisierung.“

Populismus

Globales Wirtschaften verursacht auch einen globalen **Klimawandel**. Durch **fossile Brennstoffe**, d. h. Autoverkehr, Industrie, Kraftwerke oder Heizung kommt es zur Erderwärmung. Außerdem ist die weltweite Abholzung der Wälder, in erster Linie des Regenwaldes in Südamerika, ein wichtiger negativer Faktor, ebenso wie die intensive Landwirtschaft, darunter vor allem Viehzucht. Nur ein international abgestimmtes, **multilaterales Vorgehen** kann eine Klimakatastrophe verhindern. Hierfür steht das Pariser Klimaabkommen von 2015, das die Aufheizung der Erdatmosphäre auf maximal 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen versucht und von fast allen Staaten unterschrieben wurde. Internationale **NGOs** wie Greenpeace und zuletzt die Schülerbewegung „Fridays for Future“ zeigen, dass über die staatliche Ebene hinaus transnationale gesellschaftliche Akteure an Einfluss gewinnen.

Klimawandel

Aus der Abwägung von Chancen und Risiken ergibt sich ein **gemischtes Bild**. „Globale Herausforderungen und Verflechtungen“ erzeugen Risiken und bedeuten zugleich Chancen. Gefahren für die Umwelt und ein drohendes Übergewicht des Wirtschafts- und Finanzsektors habe ich an Beispielen zu zeigen versucht. Auch kann der Freihandel nicht nur positiv bewertet werden, wenn auch Verbraucher durch niedrigere Preise profitieren und die absolute Armutsquote weltweit abgenommen hat. Sollen also ein global umweltverträgliches wirtschaftliches Wachstum und eine weitere Verringerung der Armut für die wachsende Weltbevölkerung erreicht werden, so kann dies nur durch gemeinsame Anstrengungen von Staaten, internationalen Organisationen und NGOs erreicht werden.

Fazit

TERRORISMUS ALS HERAUSFORDERUNG FÜR DEN WESTEN

Aufgabenstellung

- 1 Fassen Sie den vorliegenden Text zusammen. (Material) (25 BE)
- 2 Stellen Sie ausgehend vom Material und mit Bezug auf ein konkretes Beispiel die Merkmale und die Problematik gescheiterter Staaten dar. (20 BE)
- 3 Joffe diagnostiziert mit Blick auf politische Entwicklungen in Deutschland, dass „die Flüchtlingsströme die Integrations- und Leistungsfähigkeit der europäischen Wohlfahrtsstaaten testen und rechte Protestparteien stärken. Daneben spalten sie stabile Mitte-Parteien wie die CDU.“ (Material)
Erläutern Sie die Aussagen des Zitats. (25 BE)
- 4 Diskutieren Sie die folgende These Joffes: „Der Terror lässt sich gar nicht besänftigen, weil die Apokalypse nicht verhandelbar ist. Das Kräfteressen wird weder kurz noch schmerzfrei sein. Wir werden wieder lernen müssen, Gewalt gegen Gewalt zu setzen, um das kostbarste Gut zu bewahren: den Frieden und die Freiheit.“ (Material) (30 BE)

M Josef Joffe: Der Westen im Kampf gegen die Vergangenheit – Die Geschichte ist wieder da (2015)

Vor einem Vierteljahrhundert rief Francis Fukuyama das „Ende der Geschichte“ aus. Ganz knapp die These, die um die Welt ging: Mit dem Fall der Berliner Mauer sei die letzte totalitäre Ideologie des 20. Jahrhunderts dahingeshieden. Die Zukunft gehöre nun der Demokratie und Marktwirtschaft. Keine Ideologie, keine Konflikte, keine Kriege mehr. Diese Geschichtsphilosophie, abgeschaut von Hegel und Condorcet, war kein Märchen, weil die Demokratie tatsächlich weitum triumphiert hatte – vorerst. Denn das Happy End währte nur zehn Jahre – bis 2001, als in New York die Twin Towers des World Trade Center einstürzten. Die alten Ideologien waren zwar erloschen, aber mit dem islamistischen Terror kam eine neue mörderische Ideologie auf. Nur die Farbe hatte gewechselt: vom Rot des Kommunismus und Braun des Nationalsozialismus zum Schwarz des Islamismus. Das neue Zeitalter war also nur eine kurze Pause. [...]

[N]eue Konfliktfelder fordern die heutige Welt heraus. Erstens der Aufstieg Russlands – die Wiederkehr der Geschichte im Gewande des 19. Jahrhunderts. Zumindest in Europa, wähten wir, sei die gewaltsame Grenzveränderung endgültig passé. Die Annexion der Krim und die Abspaltung der Südostukraine signalisieren:

„Zurück in die Zukunft“, nur ohne Kommunismus. Putins Russland will Macht, Besitz und Expansion wie in früheren Zeiten. Die Militärausgaben wachsen um jährlich zehn Prozent. Die russische Luftwaffe testet ständig die Verteidigungsbereitschaft der Nato an den Nord- und Ostflanken. [...] Drittens kommt im Nahen Osten das 17. Jahrhundert mit den Waffen des 21. Jahrhunderts wieder. Erinnern wir uns an die europäischen Religionskriege, als zwei christliche Lager, Protestanten und Katholiken, sich über hundert Jahre lang gegenseitig abschlachteten. Diese Kriege waren bis 1914 die grausamsten der europäischen Geschichte. Wenn man den einen und einzigen Gott auf seiner Seite wähnt, bleibt kein Raum für Besänftigung oder Kompromiss. Jeder kämpft bis zum Letzten, um zu unterwerfen oder zu vernichten. Im Nahen Osten fallen Sunniten und Schiiten übereinander her. Es kämpfen Staaten, Milizen und Terrorarmeen mit unsäglicher Gemeinheit und modernen Waffen: Raketen, Bomben und Drohnen. Im Hintergrund lauern Atomwaffen. So Teheran zur Bombe greift, werden Saudi-Arabien und Ägypten mit Hilfe Pakistans nachziehen. Viertens der Fluch gescheiterter Staaten. In Syrien, Libyen, Jemen und im Irak gibt es einen Krieg aller gegen alle. Warum jetzt? Immerhin gab es hier schon immer die Feindschaft der Stämme, Sekten und Völker. Die schlichte Antwort: Es gibt keine Zentralmacht, die in der Lage wäre, Konflikte zu unterdrücken und Sicherheit zu gewährleisten. Diktatoren wie Gaddafi und Saddam¹ sind tot; Assad hat die Kontrolle über Syrien verloren. Der Brand frisst weiter um sich. „Sollen sie sich doch gegenseitig umbringen“, sagt der Zyniker. Leider bleiben solche Konflikte nicht eingekapselt. Bürgerkriege schwappen gerne über nach außen. Sie ziehen fremde Mächte an wie Russland, Iran, Saudi-Arabien, die USA, Frankreich. Und setzen Millionen von Flüchtlingen in Bewegung. Mit unabsehbaren Folgen: Die Flüchtlingsströme testen die Integrations- und Leistungsfähigkeit der europäischen Wohlfahrtsstaaten und stärken rechte Protestparteien. Daneben spalten sie stabile Mitte-Parteien wie die CDU. Verunsicherung greift um sich: Die EU stolpert zurück in die Vor-Schengen-Zeit, der Nationalstaat meldet sich zurück. Fünftens ist da der Terror, der sich von Afghanistan bis nach Europa zieht. Er lässt sich so schwer bekämpfen, weil er „Do it yourself“-Kriegführung ist. Er braucht weder Armee noch Staat; er hat keine Absenderadresse und bietet der Vergeltung kein Ziel. Terroristen sind wie Fische im Wasser [...], die zubeißen und wegtauchen. Anders als Staaten lassen sich Selbstmordattentäter nicht abschrecken, weil sie den eigenen Tod einkalkuliert haben – nach der Devise: „Ihr liebt das Leben und wir den Tod.“ Schließlich trifft der Terror den Westen, indem er dessen Moral durchschaut und sich ihrer bedient. IS, Hamas² [...] verstecken sich und ihre Waffen in belebten urbanen Zentren, die der Westen aus ethischen Gründen nicht zu attackieren wagt. Zu den effektivsten „Waffen“ der Jihadisten gehören die moralischen Skrupel des Westens. Der islamistische Terror vereinigt Archaik³ und Hypermoderne – das Schächtmesser und Youtube. Morden ist ihm nicht genug, die ganze Welt soll zusehen, wie Piloten lebendig verbrannt und Journalisten geköpft werden. Die hochprofessionell inszenierten Bilder sollen die Getreuen inspirieren und die Ungläubigen terrorisieren. [...]

So spektakulär er [der Terror] ist, er kann keine strategischen Siege erringen, also ein Land willen- und wehrlos machen. Wie die Reaktion der USA nach 9/11 und heute Frankreichs zeigt und Israel ständig beweist, stärkt der Terror den nationalen

Zusammenhalt und Verteidigungswillen. Der islamistische Terror hat einen Fehler gemacht, als er von al-Kaida zum Islamischen Staat mutierte und so die klassischen Vorteile der „asymmetrischen Kriegführung“ aufgab. Früher kam der Angriff aus dem
65 „Nichts“. Der IS aber hat heute eine Hauptstadt in Rakka. Er kämpft in größeren Einheiten. Er hat schwere Waffen, Depots und Nachschublinien. Er bietet Ziele. Die lokale Verankerung macht den IS verwundbar. Es entsteht eine Asymmetrie zugunsten des Westens, der seine besten Waffen einsetzen kann. Bloß tut er es nicht. Der Luftkrieg der USA ist halbherzig. Die täglichen Angriffe machen nur einen Bruchteil
70 derer aus, die in Afghanistan, Libyen und im Irak geflogen wurden. Solange der Westen nicht seine Vorteile nutzt, wird der IS standhalten. Aber das entkräftet nicht das Prinzip: Agiert der Terror wie ein Staat, opfert er seine einzigartige Stärke. [...]

In der westlichen Zone ist Krieg unvorstellbar geworden und regiert seit 70 Jahren der kooperative Friede. Es stürmt die Geschichte auf dem Feld der Technologie.
75 Google, Uber oder Netflix erobern nicht Länder, sondern Bilanzen. Im Silicon Valley wird tagtäglich neu die Zukunft erfunden – von Amerikanern, Indern, Chinesen, Deutschen und Israeli. Die Heroen sind nicht Generäle, sondern die „Great Disruptors“, Leute, die nicht alte Märkte besetzen, sondern neue schaffen. Sie kämpfen nicht um reale, sondern digitale Imperien. Die Waffen sind Wissen und
80 Erfindungsgeist, Kapitalmärkte und Eigentumsrechte, Labore und Universitäten. Ihre Ideologie ist die Freiheit zu denken, zu investieren, zu träumen und, ja, zu scheitern. Heute ist die wahre Macht virtuell, nicht territorial. Ihr Fundament ist der liberale Rechtsstaat, der Ordnung und Sicherheit gewährt, ohne Ideen und Initiative zu ersticken.

85 Kann man uns mit Gewalt die Vergangenheit aufzwingen? Das Gestern scheint gegenwärtig Oberhand zu haben, weil es so skrupel- wie mitleidslos ist. Die westlichen Demokratien sind friedfertig und mit sich selber beschäftigt. Nach zwei selbstmörderischen Weltkriegen und einem Kalten Krieg haben sie die Nase voll vom bewaffneten Kampf. Die westliche Kultur ist auf die Wiederkehr der Geschichte mental
90 nicht vorbereitet. Wie den Putinismus eindämmen, ohne Verhandlungs- mit Abschreckungspolitik zu paaren? Der Terror lässt sich gar nicht besänftigen, weil die Apokalypse nicht verhandelbar ist. Das Kräfteressen wird weder kurz noch schmerzfrei sein. Wir werden wieder lernen müssen, Gewalt gegen Gewalt zu setzen, um das kostbarste Gut zu bewahren: den Frieden und die Freiheit.

Josef Joffe: Der Westen im Kampf gegen die Vergangenheit: Die Geschichte ist wieder da, in: Neue Zürcher Zeitung, 02. 12. 2015

Anmerkung

Josef Joffe ist seit 2000 Herausgeber der Wochenzeitung Die Zeit. Bei dem Kommentar handelt es sich um eine gekürzte Rede, die er beim Schweizerischen Institut für Auslandsforschung in Zürich gehalten hat.

- 1 Muammar al-Gaddafi war bis 2011 Revolutionsführer und bestimmte diktatorisch die Politik Libyens. Saddam Hussein war Staatspräsident und Premierminister des Irak. Er regierte das Land bis 2003 diktatorisch und wurde später wegen des Massakers an Schiiten und Kurden zum Tode verurteilt und hingerichtet.
- 2 Die Hamas ist eine sunnitisch-islamistische Palästinenser-Organisation, deren Ziel u. a. die militärische Beseitigung des Staates Israel ist.
- 3 gemeint ist das Altertümliche, die vormoderne Zeit

Lösungsvorschlag

Unterrichtsinhalte:

- Partizipation und Repräsentation an ausgewählten Beispielen: Parteien (innerparteiliche Demokratie, Fraktionszwang und freies Mandat); Wahlen; Pluralismus und politischer Entscheidungsprozess
- Aktuelle internationale Konfliktregionen und die Möglichkeiten kollektiver Friedenssicherung: Interessen, Entstehungsgründe, Konfliktpunkte (Sicherung von Menschenrechten, Terrorismus, Friedenssicherung durch Vereinbarungen und Verträge, Einflussphären)

1 **TIPP** Anforderungsbereich: I

Die Zusammenfassung beginnen Sie, indem Sie die Textquelle, den Autor und die Kernthese vorstellen. Legen Sie in eigenen Worten und ohne Wertungen die wichtigsten Aussagen so dar, dass ihr innerer Zusammenhang deutlich wird. Achten Sie auf Überleitungen, z. B. durch treffende Bindewörter. Konjunktiv und analytische Wendungen („Der Autor bewertet ..., begründet ..., fordert ...“) unterstützen die erforderliche Distanz zum Text. Textbelege in Form von direkten Zitaten sollten Sie auf Schlüsselbegriffe beschränken.

In seinem Beitrag für die „Neue Zürcher Zeitung“, erschienen am 2. 12. 2015 unter dem Titel „Der Westen im Kampf gegen die Vergangenheit – Die Geschichte ist wieder da“, erörtert Josef Joffe aktuelle globale Konflikte und plädiert für eine entschiedeneren Antwort des Westens.

Einleitung
Quelle, Thema

Den Ausgangspunkt von Joffes Überlegungen bilden die später enttäuschten Erwartungen, die sich mit dem Untergang des kommunistischen Systems verbunden hatten. Das von Francis Fukuyama ausgerufene „**Ende der Geschichte**“ und das damit ersehnte Ende totalitärer Ideologien sei nicht eingetroffen (vgl. Z. 1 ff.). Der 11. September 2001 habe die **Rückkehr einer totalitären Ideologie** in Gestalt des Islamismus und damit das Ende der Hoffnung markiert, Demokratie und Marktwirtschaft könnten sich weiter friedlich entfalten (vgl. Z. 7 ff.). Der Westen müsse darauf – notfalls militärisch – reagieren (vgl. Z. 90 ff.).

Hauptthese

Der Autor erläutert die aktuelle Situation an vier **neuen Konfliktfeldern**, bei denen er einen **geschichtlichen Rückfall** feststellt. Die russische Expansionspolitik unter Putin erinnere an das 19. Jahrhundert (vgl. Z. 13 ff.). Im Nahen Osten kämpften – wie in den europäischen Religionskriegen des 17. Jahrhunderts – Sunniten und Schiiten gegeneinander (vgl. Z. 26 ff.). In mehreren Staaten dieser Region führe der Staatszerfall zu Flüchtlingsströmen nach Europa,

Erläuterung

wo sie die Leistungsfähigkeit und das politische System herausfordern (vgl. Z. 39 ff.). Schließlich richte sich der islamistische Terror mit seiner unberechenbaren „Do it yourself“-Kriegführung“ (Z. 45 f.) mit skrupellosen Selbstmordattentätern gegen einen Westen, der sich gegenüber der asymmetrischen Kriegführung, die kein konkretes Angriffsziel bietet, und aufgrund „moralische[r] Skrupel“ (Z. 53 f.) nicht wirkungsvoll verteidigen könne.

Dabei sieht Joffe durchaus **Chancen, den Terrorismus zu besiegen**. Die USA, Frankreich und Israel seien bereits dazu entschlossen (vgl. Z. 59 ff.). Die Gründung eines „Islamischen Staats“ mit Waffendepots und eigenen Einheiten und die damit verbundene Aufgabe der **Vorteile einer asymmetrischen Kriegführung** biete geeignete Angriffsziele für ein erfolgreiches militärisches Vorgehen (vgl. Z. 61 ff.).

Der **liberal** und **rechtsstaatlich** geprägte Westen orientiere sich allerdings zu sehr an **wirtschaftlichen Zielen** (vgl. Z. 74) und „**virtueller Macht**“ (vgl. Z. 82). Auch aufgrund einer langen Friedensperiode fehlten ihm wichtige **mentale** Voraussetzungen, seinen gewaltorientierten Gegnern – sei es Putin oder der Islamismus – angemessen zu begegnen. Joffe gelangt zu dem **Fazit**, der Westen müsse Frieden und Freiheit insbesondere gegenüber dem Terror ebenfalls mit den **Mitteln der Gewalt** verteidigen (vgl. Z. 90 ff.).

Fazit

2

TIPP Anforderungsbereich: I und II mit Schwerpunkt auf AFB II

Erwartet wird zunächst die Auswertung des Texts unter dem Aspekt „gescheiterte Staaten“. Daran anschließend sollten Sie den Begriff erläutern und exemplarisch Wissen zu einem gescheiterten Staat einbringen. Zeigen Sie auf, welche Merkmale außer den im Text genannten wichtig sind. Die darüber hinaus gestellte offene Frage nach der „Problematik“ solcher Staaten kann mit dem Blick auf Konsequenzen für Deutschland und die internationale Sicherheit beantwortet werden.

Joffe betrachtet den „Fluch gescheiterter Staaten“ (Z. 30 f.) wie Syrien, Libyen, Jemen und Irak als wichtiges Konfliktfeld. Diese Länder seien durch Bürgerkriege, das Fehlen einer Zentralmacht sowie durch die Tendenz gekennzeichnet, dass sich externe Mächte wie Russland, der Iran oder die USA einschalten.

Textauswertung

Alle „**failed states**“ kennzeichnet das Versagen der Fürsorgepflicht des Staates gegenüber seinen Bürgern in **zentralen staatlichen Aufgaben**: Sicherheit, Wohlfahrt und Rechtsstaatlichkeit. Das staatliche Gewaltmonopol und die damit verbundenen organisatorischen Strukturen lösen sich auf. Zum Teil existieren regional begrenzte Herrschaftszonen, die häufig auf Gewalt und Repression gegründet sind.

Definition

Am Beispiel **Syrien** lassen sich diese Merkmale des Staatszerfalls verdeutlichen und ergänzen. Das autokratische Assad-Regime zeigt sich seit langem unfähig, durch Demokratisierung, den Abbau des repressiven Staatsapparats und eine kluge Wirtschafts- und Sozialpolitik den islamistischen Gruppen wirksam zu begegnen. Dieses **Staatsversagen** führte zunächst zu **friedlichen Demonstrationen** im Gefolge eines „Arabischen Frühlings“, der seit 2010 zahlreiche Länder erfasst hatte. Erst nach hartem militärischen Vorgehen gegen die Proteste kam es zu einem **bewaffneten Aufstand**. Er zerfiel in heterogene Gruppierungen, da traditionelle **konfessionelle Gegensätze** zwischen Sunniten, Schiiten und Alawiten den Konsens über eine Alternative zur korrupten Assad-Diktatur verhinderten. Der „Islamische Staat“ begann, bisher vernachlässigte staatliche Funktionen zu erfüllen, z. B. bei der Gesundheitsversorgung sowie bei der sozialen Sicherung, und führte ein rigides Rechtssystem ein. Verschärft wird der inzwischen nach staatlicher Repression entstandene Bürgerkrieg durch das **Autonomiestreben** der Kurden und die Einmischung **externer Akteure**, insbesondere die iranische und russische Unterstützung des Assad-Regimes. Eine **Fragmentierung** des Landes droht. Rebellengruppen, staatliche Truppen und die Terrormiliz „Islamischer Staat“ bekämpfen sich ohne Rücksicht auf die leidende Bevölkerung, schwere Menschenrechtsverletzungen sind alltäglich.

Beispiel

Obwohl es gescheiterte Staaten auch in anderen Weltregionen gibt, sind die von Joffe angeführten Beispiele aus dem Nahen Osten wegen ihrer **geografischen Nähe** für Deutschland und andere EU-Staaten von größter Bedeutung. Aufgrund der katastrophalen Lebensbedingungen vor Ort gehen von ihnen seit 2015 massive **Flüchtlingsströme** aus, die die „Integrations- und Leistungsfähigkeit der europäischen Wohlfahrtsstaaten“ (Z. 40 f.) unter Druck setzen und sich durch das Aufkommen des nationalen Populismus bis ins Parteiensystem auswirken. Eine existentielle Bedrohung der **Sicherheit Europas** läge im Entstehen eines Kalifatstaats, der die arabische Halbinsel und große Teile Nordafrikas umfasst. Auch können „IS-Kämpfer“, die in die Staaten Europas zurückkehren, durch „lone wolf“-Anschläge dort die innere Sicherheit gefährden.

Problematik

Im Mittelpunkt dieser Aufgabe steht das aktuelle Thema „Flüchtlingsströme“. Sie sollen ausgehend vom Text deren Auswirkungen auf die europäische bzw. deutsche Innenpolitik untersuchen. Die Aufgabenstellung gibt folgende Aspekte vor: die staatliche „Integrations- und Leistungsfähigkeit“, also vor allem die sozialen und ökonomischen Folgen, sowie die Auswirkungen auf Parteien, deren Funktionen Sie im Unterricht untersucht haben. Achten Sie auf eine strukturierte Gedankenführung, sachlichen Stil und begriffliche Präzision.

Joffe beschreibt die **Flüchtlingsströme des Jahres 2015** als Ergebnis von Staatsversagen und Bürgerkriegen im Nahen Osten und – wegen der schwerwiegenden Folgen für Deutschland und die EU – als eines der neuen zentralen Konfliktfelder für den Westen. Mehrere Millionen Menschen flüchteten z. B. aus Syrien in Nachbarländer wie die Türkei und den Libanon. Einige Hunderttausend gelangten seitdem als Migranten bzw. Asylbewerber vor allem über Griechenland und Italien nach Deutschland, nachdem die Bundesregierung im September 2015 aus humanitären Gründen auf die Einhaltung des Schengen-Abkommens verzichtet hatte. Eine geordnete Registrierung war nicht möglich. Zwar konnten Verwaltungs- und Versorgungsengpässe z. T. durch freiwilliges Engagement der Zivilgesellschaft ausgeglichen werden, allerdings führten erst die Wiedereinführung der Binnengrenzkontrollen, die Schließung der Balkanroute und das EU-Türkei-Abkommen 2016 zu einem spürbaren Nachlassen der Flüchtlingszahlen.

Anknüpfung an den Text

Flüchtlingsströme

Aufnahme und Integration der Flüchtlinge erfordern wohl über Jahre hinweg beachtliche staatliche **Investitionen in die Sozialsysteme und die Verwaltung**, insbesondere in Unterkünfte, Sprachkurse und Qualifikationsmaßnahmen. Mehrere Tausend Lehrer und Erzieher wurden eingestellt, um die Flüchtlingskinder zu betreuen. Die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld steigt deutlich. Engpässe auf dem Wohnungsmarkt verlangen staatliche Subventionen. Kürzungen von Sozialleistungen wurden vorgeschlagen. Es droht ein Verteilungskonflikt mit sozial schwachen Gruppen der deutschen Gesellschaft, bei dem es um staatliche Zuwendungen, Wohnraum und Arbeitsplätze geht. Dadurch gerät das **Sozialstaatsprinzip** in Gefahr.

soziale und ökonomische Folgen

Der Zuzug von mehreren Hunderttausend Ausländern bedeutet auch erhöhte **Sicherheitsrisiken**. Rechtsextrem motivierte Anschläge auf Asylbewerberunterkünfte häuften sich. Islamistische Gruppen, darunter auch Anhänger des „IS“, werben unter den Flüchtlingen für ihre Zwecke. Terroranschläge in Frankreich, Belgien und Deutschland mit zahlreichen Opfern sowie die sexuellen Übergriffe in der

Sicherheitsrisiken

Silvesternacht 2015/16 in Köln verdeutlichen die Bandbreite dieser Gefahr. Dabei spielen kulturelle Unterschiede eine Rolle, die sich z. B. aus dem Frauenbild, der Ablehnung der Homosexualität oder religiösen Ressentiments gegenüber Christen und Juden ergeben.

An der Asyl- und Flüchtlingspolitik entzündete sich eine **innenpolitische Debatte** über Fragen der Integration und der inneren Sicherheit. Zwischen den Parteien der Großen Koalition, der Opposition und großen Teilen der Zivilgesellschaft gab es zunächst weitgehende Übereinstimmung unter dem Motto „Wir schaffen das“. Allerdings hat das Gefühl, dass die Politik planlos reagiert, bei vielen Menschen Unbehagen und Ängste ausgelöst. Politiker der CSU warfen der Bundeskanzlerin vor, am Bundestag vorbei die Grenzen für Asylbewerber bzw. Flüchtlinge aus sicheren Drittstaaten geöffnet zu haben. Sie forderten die Festlegung einer Obergrenze und die Kontrolle der Grenzen. Von der CDU wurde dies gemeinsam mit der SPD abgelehnt, allerdings wurden Abschiebehemmnisse abgebaut und der Familiennachzug ausgesetzt.

politische Folgen

In der Folge konnte die **rechtskonservative AfD**, erst 2013 gegründet, Wahlerfolge in den Landtagswahlen erzielen. Sie beruhen auch auf einer radikalen Kritik an der Zuwanderungspolitik der Bundesregierung und der EU. Damit konnte die AfD neben **Protest- und Wechselwählern** zahlreiche **Nichtwähler** mobilisieren. **Islamophobe Bewegungen** wie „Pegida“ sorgten auf der Straße und in den sozialen Medien für eine Radikalisierung der politischen Auseinandersetzung. Diese populistischen Gruppierungen behaupten, politische Eliten und „Lügenpresse“ bildeten ein „Kartell“, das vom „Volk“ beseitigt werden müsse.

Die dargestellten politischen Folgen lassen die **Parteien** nicht unberührt. Im Unterschied zu außerparlamentarischen Bewegungen wie Pegida verfügen sie im staatlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess über den größeren Einfluss. Dies erklärt auch den Erfolg der AfD. Parteien bündeln im Idealfall unterschiedliche Interessen, sind demokratisch aufgebaut, nehmen an Wahlen teil und sind über ihre Fraktionen im Parlament oder ihre Minister in der Regierung an Gesetzgebung und Exekutive beteiligt. Sie fungieren als **Bindeglied** und **Teil des „intermediären Systems“** zwischen Gesellschaft und Staat. Funktionieren die Medien oder die innerparteiliche Demokratie nicht, geht den Parteien die Beziehung zu den Wählern verloren. **Neugründungen** haben eine Chance und das Parteiensystem verändert sich.

Folgen für das Parteiensystem

Abschließend sollen Sie Joffes These erörtern, Frieden und Freiheit ließen sich gegenüber dem Terror nur mit Gewalt verteidigen. „Diskutieren“ heißt, Gründe und Gegengründe anzuführen. Untermauern Sie Ihre Argumente mit Beispielen und gelangen Sie schließlich zu einer begründeten eigenen Position.

Joffes entschiedenes Plädoyer dafür, dass der Westen den Angriffen des Dschihadismus **mit Gewalt** begegnen soll, wurde unmittelbar nach einem „IS“-gesteuerten Anschlag in Paris verfasst. Damals starben weit über 100 Menschen, einige Monate zuvor wurde die Redaktion der französischen Satirezeitschrift Charlie Hebdo Ziel eines mörderischen Angriffs. Schon seit den Anschlägen in New York, Madrid, London und Brüssel war klar, dass diese Form terroristischer Gewalt sich weltweit **gegen offene und demokratische Gesellschaften** richtet.

Einleitung

Ist Joffes Aufforderung, Frieden und Freiheit mit Gewalt zu verteidigen, richtig? Um diese Frage zu beantworten, gehe ich zunächst auf kritische Argumente ein.

Ein Blick auf die **Täter von Paris** legt die Frage nahe, ob ein rein militärisches Vorgehen angemessen sein kann. Zumeist handelte es sich um französische oder belgische Staatsbürger, die sich aufgrund von Ungerechtigkeit und Ausgrenzung im Heimatland dem „IS“ angeschlossen hatten und als Flüchtlinge getarnt zurückgekehrt waren. In den französischen Banlieues prägen Arbeitslosigkeit, desolate Wohnverhältnisse und Diskriminierung die Lebensverhältnisse. Um diesen Nährboden eines „einheimischen“ Terrorismus auszutrocknen, wären **integrationsfördernde und sozialpolitische Maßnahmen** notwendig.

Kontra-Argumente

Joffe spricht davon, dass „die Apokalypse nicht verhandelbar“ (Z. 91 f.) sei. Diese Gleichsetzung von Terror und Weltuntergang führt in die Irre. **Verhandlungen** können nämlich unter bestimmten Bedingungen zu einer Konfliktlösung beitragen und sind keineswegs ein Zeichen von Schwäche des Staats. Was in der Vergangenheit z. B. in Afghanistan in verdeckten Verhandlungen mit moderaten Teilen der Taliban erreicht werden konnte, mag eines Tages auch mit islamistischen Terrorgruppen gelingen. Islamistischer Terror geht nicht nur vom „IS“ aus, sondern umfasst viele unterschiedliche Organisationen in zahlreichen Ländern.

Schließlich zeigen der Luftkrieg der USA (vgl. Z. 68 ff.) gegen den islamistischen „Kalifatstaat“ im Irak und in Syrien wie auch der Einsatz von US-Drohnen gegen die Taliban in Afghanistan und Pakistan, dass diese angeblich präzise Kriegsführung mit vielen **zivilen Opfern** verbunden ist. Oft werden die Regeln des humanitären

Völkerrechts verletzt, die der Westen, gestützt auf „ethisch[e] Gründ[e]“ (Z. 52), gerade verteidigen will. Der Tod Unschuldiger kann sogar bewirken, dass der Terror neue Unterstützer gewinnt. Dadurch wird es schwieriger, den **politischen Kampf** gegen den Islamismus zu gewinnen, der im Irak aufgrund von Fehlern nach dem Sturz Husseins entstand. Damals verschärfte die irakische Regierung die Spannungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. An diesen gesellschaftlichen Wurzeln muss eine politische Lösung ansetzen.

Zu bedenken sind bei einem militärischen Vorgehen auch die **Vorgaben des Grundgesetzes**. Dazu gehören das Verbot von Angriffskriegen (Art. 26 GG) und die Unterordnung unter Nato oder UN (Art. 24 GG). In den UN hängen Militäreinsätze von der Zustimmung des Sicherheitsrats ab (Art. 39–42 UN-Charta). Ob die Bundeswehr auch im Inneren gegen den Terror eingesetzt werden kann, ist umstritten, da das Grundgesetz dafür keine eindeutige Grundlage bietet (Art. 35 GG).

Es gibt jedoch gute Gründe, die Joffes These unterstützen. Hier sind zunächst **moralische Argumente** anzuführen, die sich auch als Konsequenz aus der deutschen Geschichte ergeben. Verabscheuungswürdige Verbrechen sind Bestandteil der Kriegführung und der totalitären Herrschaft des „IS“. Im Unterschied zur NS-Ideologie verknüpft er politische Ideologie und religiöse Doktrin, wenn er den Sieg der Muslime über die „westliche Welt“ anstrebt, wozu auch die vom Westen unterstützten Regime in der arabischen Welt gehören.

Pro-Argumente

Zudem verbietet sich eine Sichtweise, die den Terror als bloßen kriminellen Akt einordnet, dem mit polizeilichen Mitteln begegnet werden kann. Wenn Terroristen des „IS“ selbst als **militärische Macht mit eigenem Territorium** auftreten, können sie allein durch entsprechende militärische Maßnahmen gegen Kommandozentren und die logistische Basis erfolgreich bekämpft werden. Verhandlungen mit Terroristen und ihrem Umfeld führten in der Vergangenheit erst dann zu Erfolgen, wenn sie die **militärische Entschlossenheit** ihrer Gegner kennengelernt haben. Dies dürfte auch für den IS gelten.

Auch **völkerrechtlich** gibt es dafür keinen Hinderungsgrund. Hinter dem „IS“ steht – anders als bei Al-Qaida in Afghanistan 2001 – kein Staat. Irak und Syrien, auf dessen Territorium der „IS“ operiert, haben die **Hilfe anderer Staaten** zu seiner Bekämpfung angefordert. Auch Deutschland beteiligt sich im Irak mit Ausbildern und Waffenlieferungen für Kurden an einer von den USA gebildeten Koalition. Den massiven Einsatz von Bodentruppen lehnen die westlichen Staaten jedoch ab.

Ein entschiedenes militärisches Vorgehen gegen den islamistischen Terror ist also gerechtfertigt, es darf aber **nicht der einzige Weg** sein. 16 Jahre Terrorismusbekämpfung mit einer starken militärischen Ausrichtung haben dies gezeigt. Auch wenn gegenwärtig eine baldige Zerstörung des Terror-Kalifats möglich erscheint, wird es nicht bei einem kurzen Kampf bleiben. Darauf weist Joffe zurecht hin (vgl. Z. 92). Zahlreiche andere dschihadistisch-salafistische Gruppierungen, von Libyen über den Jemen bis nach Afghanistan, können nämlich an die Stelle des „IS“ treten. Viel wird davon abhängen, ob der Westen überzeugend demonstrieren kann, dass er **keinen Krieg gegen die islamische Welt** führt. Afghanistan und der Irak haben gezeigt, dass dieser Kampf letztlich nur politisch zu gewinnen ist.

eigenes Urteil